

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 3 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnement 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Breithstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Das rothe Gespenst.

Die Nebel sind theilweise verflogen, die sich bis jetzt über der Wahlbewegung gelagert hatten; man sieht die Offiziösen an der Arbeit. Was sie thun, ist nicht neu und auch nicht besonders geistreich ausgedacht. Man will den Spießbürger erschrecken, indem man ihm das rothe Gespenst vorführt, d. h. indem man ihm eine „sozialdemokratische Gefahr“ an die Wand malt, die gar nicht besteht. Wenn es gelingt, dem Spießbürger Angst zu machen, so daß er in seiner ganzen Masse an der Wahlurne erscheint, so wird, hofft man, sich wieder eine Majorität für die Kartellbrüderschaft ergeben. Eine Angstwahl ist das Ziel der verbündeten Reaktionen.

Was das letzte Mal Boulanger, Melinit und Bismarck herhalten mußten, dazu soll diesmal die Sozialdemokratie herhalten. Das letzte Mal fabelte man von einem Anmarsch der Franzosen gegen den Rhein, heute ist von einem „internationalen Vorstoß der Sozialdemokratie“ die Rede, welchen abzuwehren alle „staatsbehaltenden“ Parteien von den Offiziösen aufgefordert werden.

Die Sozialdemokratie thut in diesem Augenblick genau dasselbe, was alle anderen Parteien thun — sie bereitet sich auf die Wahl vor. Sie will die Positionen, die sie bei der Reichs- und Reichstagswahl von 1887 verloren hat, wieder gewinnen und wohl noch einige dazu. Es heißt einen hohen Grad von Borntheit bei den Massen voraussetzen, wenn man ihnen einreden will, dies sei ein „internationaler Vorstoß“. Hat man denn im Deutschen Reich das Wahlrecht zu dem Zweck, daß kein Gebrauch davon gemacht wird? Das könnte es so scheinen, denn nach diesem officiösen Zeitungsgeschwätz ist ja Jedermann, der nicht nach dem Geschick der Pindier und Schweinburg wählt, schon ein „Reichs- und Staatsfeind“.

Das rothe Gespenst, das die Herren diesmal vorführen, wird keine Wirkung auf die Massen haben. Man sieht ihm die Vogelscheuche gar zu sehr an. Man ist in Deutschland nun denn doch nicht mehr so weit zurück, daß man nicht wüßte, was Sozialismus ist. Es handelt sich in diesem Streit um einen neuen Gedanken, der in einem anderen sozialpolitischen System die Heilung der anderen gesellschaftlichen Schäden sucht. Dieser Gedanke beherrscht bereits die wissenschaftliche Diskussion unserer Tage und dem gegenüber erscheint es unbeschreiblich lächerlich, wenn die Offiziösen sich geben, als seien sie die Eng' l des Lichts, ihre Widersacher über die bösen Geister der Finsternis.

Um die Theorie vom „internationalen Vorstoß“ zu bekräftigen, hat Herr Pindier auch die Massenauswanderung der Bergleute angezogen. Ueber die Frage, was die Sozialdemokratie mit diesen Bewegungen zu thun hat, diskutieren wir mit keinem Offiziösen mehr, da ja diese Leute ein Interesse daran haben, die Sache zu entstellen. Nichtoffiziöse Leute wissen, daß von sozialdemokratischer Seite

den Bergleuten Vorsicht und Mäßigung angerathen worden ist. Aber Herr Pindier hat ganz vergessen, daß sein Genosse Schweinburg erst vor wenigen Tagen großspurig angekündigt hat, die Arbeitgeber in den Kohlenbezirken würden den Kampf gegen die Forderungen der Arbeiter aufnehmen und durchführen. Die Art, in der dies mitgeteilt wurde, Klang wie ein kampflustiges Hurrahgeschrei und war offenbar eine Aufmunterung an die Grubenverwaltungen, recht scharf vorzugehen! Wenn man dann die Arbeiter zum Ausstande genöthigt hat, dann beabsichtigen wohl die Herren Offiziösen, mit Fingern darauf zu weisen und zu rufen: „Sehet, das ist das Werk der Sozialdemokratie, welche die bürgerliche Ordnung untergraben möchte!“

Es wird gut sein, wenn sich Genosse Pindier an den Genossen Schweinburg wendet und ihm die Mahnung zukommen läßt, mit seinem Kampfesgeschrei nicht allzu laut zu sein. Ohnehin ist diese ganze Spiegelschere ein gar durchsichtiges Spiel und wenn man hofft, damit die Wählermassen zu gängeln, so wird man sich gründlich täuschen.

Mit Recht wird auf den Unterschied der Situation von heute und von 1884 hingewiesen. Damals befand sich die Opposition in aufsteigender Linie, aber die Parole, welche ausgegeben wurde, war eine andere. Damals hießen die bekannten Aussprüche von hohen Beamten: „Lieber zehn Sozialdemokraten als einen Freisinnigen“ u. s. w. u. s. w., heute aber lautet die von den Offiziösen ausgegebene Parole: „Gegen die Sozialdemokratie und ihre Begünstiger!“

Die Sozialdemokratie braucht keine „Begünstiger“ und sucht sie in der hohen Bureautraite so wenig als beim bürgerlichen Liberalismus; was von dieser oder jener Seite in dieser Beziehung geschehen ist, geschah ohne Zutun der Sozialdemokratie und hat für uns auch nur insoweit eine Bedeutung, als es den Unterschied von Einst und Jetzt beleuchtet. Alle Parteien haben schon um die Gunst der Sozialdemokratie geworben und haben ihr — unaufgefordert — namentlich bei Stichwahlen — ihre Gunst zu Theil werden lassen. Wir überlassen es daher dem Publikum, sich den Begriff „Begünstiger“ zu deuten, wie es will, und werden mit „ungeheurer Heiterkeit“ zusehen, wie sich in diesem Wahlkampf wieder sämtliche Parteien beschuldigen werden, „Begünstiger“ der Sozialdemokratie gewesen zu sein. Wir selbst haben ein gutes Gewissen, denn wir „begünstigen“ Niemanden.

Zugkräftig ist das rothe Gespenst als Wahlgespens nicht, ganz abgesehen davon, daß die Thaten der Hurrah-Majorität Laufen den Augen geöffnet haben.

Dies wird man aber auch anderwärts einsehen. Und so müssen wir uns noch auf Wahlüberraschungen gefaßt machen. Solche werden nicht ausbleiben; es müßten denn alle Vorzeichen trügen.

Die officiöse Logik wird nicht gar zauberhaft wirken. Denn der schlechte Wähler denkt einfach:

Wenn man uns das Wahlrecht gegeben hat, in der Ab-

sicht, nach unserem Belieben Vertreter wählen zu lassen, so wundere man sich doch nicht, wenn wir das thun. Oder man hat uns das Wahlrecht in anderer Absicht gegeben — dann bleibe man aber mit den schönen Worten und den „großen Errungenschaften“ uns vom Leibe!

Alle Anstrengungen werden die Hurrah-Majorität nicht retten. Pindier und Schweinburg sind nicht die Leute, die dem öffentlichen Geist eine Umkehr aufzuzwingen im Stande sind. Die Armseligkeit und Inhaltslosigkeit ihrer Argumente soll verhöhlt werden durch die hochtrabende Weise, in der diese Argumente vorgetragen werden.

Das rothe Gespenst wird die Wähler nicht erschrecken!

Korrespondenzen.

Paris, den 23. Januar. Der Nationalrath (Partei-Vorstand) der französischen sozialistischen Arbeiterpartei erläßt in seinem Situationsbericht vom Januar 1890 folgenden Ausruf an alle Verbände, Gruppen und Mitglieder der Partei: Die Hauptwahlen für den Deutschen Reichstag werden am 20. Februar stattfinden.

Ihren internationalen Verpflichtungen getreu hat die „Föderation der Arbeiterpartei“ beschlossen, unsere Freunde der sozialdemokratischen Partei in dem ihnen bevorstehenden Kampfe zu unterstützen.

Zu diesem Zwecke hat sie eine Sammlung eröffnet, welcher sich der Nationalrath im Vertrauen auf den Opfermuth der kämpfenden Parteigenossen anschließt.

Noch nie sind die großen Sou's der Arbeiter von jenseits der Vogesen ausgeblieben, weder zu Gunsten unserer Wahlschlachten, noch bei unseren Streiks.

Nur erst im letzten Juli sandeten ihre Delegirten auf dem Kongresse zu Paris den Familien der Opfer des schlagenden Wetters von St. Etienne 1000 Fels.

Der Augenblick ist für die Arbeiter Frankreichs gekommen, auch ihrerseits ihre Solidarität zu beweisen. Für die Befreiung der Arbeit wird das deutsche Proletariat allen koalirten Bourgeoismächten Trost bieten. Dem französischen Proletariat und besonders dessen sozialistischer Vorhut gebührt es, den Kämpfern für die gemeinsame Sache Munition zu senden.

Die Gelder sind an den Kassirer des Nationalraths, Bürger Laité, 36 Rue de l'Arbalète, zu senden, welche sie an ihre Adresse gelangen lassen wird.

Für den Nationalrath: Der Sekretär Jules Guesde.

Der Situationsbericht erwähnt, daß anlässlich des Streiks der Kohlenarbeiter „Pas de Calais“ und „Nord“ und der Weber zu Courcs (Rhône) die sozialistische Gruppe in der Kammer, die der Partei angehörenden Mitglieder der Stadtrathe von Calais, Roubaix, Montlucon, Commentry, Roanne, Paris u. in ihren respektiven Körperschaften Anträge auf Gewährung von Staatscredit, beziehungsweise Unterstützungs-geldern zu Gunsten der Streikenden eingebracht haben.

Obgleich verworfen oder auf halbem Wege von der Billfür der Regierung angehalten, heißt es, „sind diese Bemühungen

dem Einen oder Andern einen guten Tag sagte, so stand sie doch nicht still, um sich zu informieren. Man sah es ihr an, daß ein Plan in ihrem Köpchen reifte und daß alles andere kein Interesse für sie besaß. An der Ecke der Rue de Neuilly hielt sie ihren Begleiter vor einem niedrigen, langen Hause an, dessen zwei Stockwerke durch ein spitziges, hohes Dach überragt wurden und indem sie auf einen offenen Thorweg zeigte, welcher nach einem Gewölbe führte, sagte sie:

— Wir sind zur Stelle. Hop, Hop, treten wir ein! Das Gewölbe führte auf einen innern, mit niedrigen Stäuchern und Bäumen bepflanzten Hof. Links davon befanden sich die Büreaux, auf welche eine vergoldete Inschrift: Santerre, Brauer, hinwies, rechts war die Brauerei, im Hintergrunde sah man Ställe und Wagenschuppen. Der ganze Hof war von Menschen angefüllt. Wenn Cabet weniger überrascht gewesen wäre, so hätte er darunter Viele erkannt, die an den Versammlungen am Springbrunnen theilgenommen hatten. Alle bewegten sich nach einem Schuppen hin, an dessen Eingang sie von zwei riesenhaften Gestalten empfangen wurden.

Das sind Labroche und Galand, sagte Jenny; ich kenne sie und werde mit ihnen sprechen. Sie kannte Ledermann. Cabet erwiderte nichts, seine Blicke allein drückten seine Bewunderung für die Kleine aus. Jenny rief jetzt mit laut r Stimme:

— He, Louis (das ist Galand, fügte sie leiser hinzu), können Sie mir sagen, wo Herr Santerre ist?

— Ach, Du bist es, Kleine, antwortete der Gefelle lächelnd, er ist in seinem Bureau, wird jedoch gleich kommen.

— Gut, ich werde ihn erwarten. In der That erschien Santerre bald darauf. Er war ein schöner Mann von statlicher Figur, über fünf Fuß

Feuilleton.

Die Vorstadt St. Antoine.

Historische Erzählung von Tony Révillon aus den Jahren 1789—1792. Deutsch von Ludwig Knorr.

Nachdem sie ihre Pflichten als Pflegerin des Kleinen erfüllt, und ihre Augen getrocknet hatte, wandte sie sich an ihren Freund Cabet, der nicht von ihrer Seite gewichen war: — Hop, hop — sagte sie, — was wirst Du in Paris machen?

— Arbeit suchen! — Was verstellst Du zu arbeiten? Cabet antwortete nicht. Er überlegte, was er erwidern sollte. In seinem Dorfe hatte er Hammel gehalten und Amelknecht ausgenommen, sich mit Steinen mit den Hirten der benachbarten Dörfer geworfen, auch konnte er Pfeifen und andere Künste mehr. Aber alle diese Dinge, in denen er einst so geschickt war, schienen ihm für Paris wenig Werth zu haben. Das Resultat seines Nachdenkens drückte er in dem Worte aus:

— Nichts! — Nichts! Nun versiel sie in ernstes Nachdenken. Es giebt nur eine Person, welche im Stande ist, Dir Arbeit zu geben.

— Ob. — Ja, das ist Santerre. — Wer ist Santerre?

— Das ist einer unserer Nachbarn, Jedermann in der Vorstadt liebt ihn. Er besitzt eine Brauerei und wenn einer seiner Arbeiter erkrankt, so läßt er ihn selbst pflegen, da er

nicht zugiebt, daß man ihn ins Hospital schafft. Seine Frau ist schön, aber nicht so gut wie er. Sie wechselt ihre Diensthöten jede Woche. Ich kenne sie sehr gut. Ich kenne auch „Dhnegleichen“.

— Dhnegleichen? — Jawohl, das ist Santerre's Pferd. Denke Dir, es ist so groß, so groß, daß man es als Schenswürdigkeit zur Schau stellen kann.

Jedemal wenn die Messe in St. Germain stattfindet, leiht Santerre das Pferd einem armen Nachbar und Familienvater, der es dann für Geld sehen läßt. Einmal hat er es auch meinem Vater angeboten, der es aber ausschlug, weil er zu stolz ist. Das Kind schläft, gehen wir.

Wie das kleine geschäftige Ding es nur angestellt hatte? Durch Zerschneiden, zusammenstellen und zusammennähnen einiger Stoffe, hatte sie es verstanden, sich trotz ihrer Armuth etwas über die Schultern zu werfen, das einem Traueranzug ähnlich sah. Sie brachte ihre Haare in Ordnung, indem sie mit den Händen durchfuhr und sie von der Stirn nach dem Kopfe warf, so daß sie hinter den Ohren bis auf die Schultern herabfielen. Dann sich mit ihrer freien, ungewungenen Miene, die ihr so gut stand, zu dem Kolpatsch wendend, sagte sie:

— Nach' kein Geräusch bis wir unten sind! Wie jeden Tag, so waren auch jetzt die Straßen von Hungernden angefüllt, aber es herrschte heute mehr Lebhaftigkeit in den verschiedenen Gruppen als sonst. Die Augen in den magern Gesichtern hatten mehr Ausdruck. Von Zeit zu Zeit hörte man von der Pariser Seite ein Lärmen. Männer kamen und gingen geschäftig hin und her, standen, um andern Männern einige Worte zuzusprechen, die sich dann ihrerseits auf den Weg machten. Hier, in der Mitte dieser Menge, schien die Kleine Jenny ganz in ihrem Elemente zu sein. Ihr Händchen lag in der großen Faust Cabets und wenn sie auch

doch nicht verloren gegangen. Sie haben einmal mehr — und zwar augenscheinlicher als je — die Nothwendigkeit bewiesen, daß die Arbeiter von der politischen oder Staatsmacht Beschützung erhalten müssen, welche unter der Republik, wie unter der Monarchie immer ihr Feind bleiben wird, so lange sie dieselbe nicht der Kapitalistenklasse entrissen haben werden. In einer anderen Beziehung hat die neue Kammer noch für uns gearbeitet. Inwiefern sie Joffrin validierte, indem sie in Clignancourt den offiziellen Kandidaten, welcher nur 5000 auf mehr als 12 000 abgegebene Stimmen erhalten hatte, für gültig erwählt erklärte, haben unsere Leiter selbst die Basis ihrer eigenen Legalität zerstört. Es ist um das allgemeine Stimmrecht gegangen, und man wird unserer revolutionären Aktion gegenüber nicht mehr auf dasselbe verweisen können, da gerade diejenigen, die uns die Achtung vor demselben predigen, auch die ersten sind, es mit Füßen zu treten."

Hierauf folgte eine Aufzählung der von der sozialistischen Gruppe in der Kammer eingebrachten Gesetzesentwürfe, über die schon im "Berliner Volksblatt" vom 29. November 1889 berichtet worden ist, und denen sich noch die Beantragung einer Arbeiterschutz-Gesetzgebung hinzusetzt, die dieselbe vom internationalen sozialistischen Arbeiterkongress zu Paris beschlossen worden ist.

Der diesbezügliche Antrag mit seiner Begründung lautet wie folgt:

Vom 14. bis 21. Juli 1889 ist in Paris ein internationaler sozialistischer Arbeiterkongress abgehalten worden.

Auf diesem Kongress, welcher die wahren Generalstände des Proletariats der alten und neuen Welt darstellte, waren die sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen Frankreichs, Englands, Belgiens, Elsas-Lothringens, Deutschlands, Hollands, Spaniens, Italiens, Oesterreich-Ungarns, Dänemarks, der Schweiz, Schwedens, Norwegens, Rumäniens, Polens, Bulgariens, Russlands, der Vereinigten Staaten Amerikas und der Argentinischen Republik durch mehr als 400 Delegirte vertreten, von denen mehrere Mitglieder unseres Parlamentes, des Deutschen Reichstages, des englischen Unterhauses, des italienischen Parlamentes, der holländischen Deputiertenkammer waren, wie aus den beigefügten Dokumenten erhellt.

Es handelte sich nicht darum, die soziale Frage zu lösen, sondern sich zu verschaffen, nur überall, wo die kapitalistische Produktionsweise herrscht, mittels einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung den mörderischen Wirkungen der gegenwärtigen ökonomischen Ordnung zu steuern, der Verflüchtigung sowie physischen und moralischen Degeneration der Arbeiterklasse entgegen zu arbeiten und die freie Entwicklung der Menschheit zu sichern.

Die darauf abzielenden Beschlüsse sind nach Debatten votirt worden, welche eine vollständige Gemeinschaft der Auffassung seitens Millionen von Arbeitern zeigten. Zugleich wurden in allen Ländern, welche sozialistische Gewählte zählen, diese beauftragt, die Versammlungen, welchen sie angehören, mit den Kongressbeschlüssen zu ergreifen.

Fünf von uns wählten als Delegirte dem internationalen Kongress bei, welcher mit einem feinen Theilnehmern vom Pariser Stadtrath im Hotel de Ville gebotenen Ehrenwein geadet hat.

Dem erhaltenen und seitdem von unseren Wählern am 22. September und 6. Oktober bestätigten Mandat getreu wollen wir nicht zögern, Sie aufzufordern, die von den Proletariats der ganzen Welt als Minimum des Schutzes, auf den sie ein Recht haben, rekonstruirt Maßregeln sozialer Hygiene in die Form von Gesetzen zu bringen. Deshalb unterbreiten wir Ihnen, indem wir Sie daran erinnern, daß der größte Theil von Ihnen bei den jüngsten Wahlen die Nothwendigkeit anerkannt hat, sich mit sozialen Fragen zu beschäftigen, vertrauensvoll den Gesetzentwurf der untenstehenden Resolution, welcher nur die Reproduktion der Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris ist.

Einzigster Artikel.
Es ist eine Kommission von 22 Mitgliedern, je 2 pro Sektion zu ernennen, welche damit beauftragt ist, den Entwurf zu einer Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgenden Grundlagen auszuarbeiten:

- Beschränkung der Arbeitszeit auf ein Maximum von acht Stunden für Erwachsene.
- Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, Beschränkung des Arbeitstages auf 8 Stunden für junge Leute beider Geschlechter von 14—18 Jahren.
- Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme solcher Industriezweige, deren Natur einen ununterbrochenen Betrieb erfordert.
- Verbot der Frauennarbeit in allen Industriezweigen, welche dem weiblichen Organismus besonders schädlich sind.
- Verbot der Nachtarbeit für Frauen und junge Leute unter 18 Jahren.
- Eine mindestens 30 Stunden nacheinander umfassende Ruhezeit pro Woche für alle Arbeiter.
- Zu gewisser Industriezweige und Fabrikationsverfahren, welche der Gesundheit der Arbeiter schädlich sind.

groß, mit sanften braunen Augen — das linke war bedeutend kleiner — seine Haare waren gepudert; er trug einen Rock von hellblauem Tuch, gelbe Hosen und große Schnallenschuhe. Er wendete sich zuerst an Labroche und Saland.

— He, Ihr Andern, Ihr könnt mit der Verteilung beginnen.

— Vorwärts, löst die Pfeifen aus, sagte Labroche, indem er sich zu der am nächsten stehenden Gruppe wendete, tretet jetzt ein.

Santerre stieg die Stufen der Terrasse hinab und kam in den Hof. Die kleine Jenny näherte sich ihm, den Bauern an der Hand führend!

— Guten Tag, mein Herr!

— Guten Tag, mein Kind!

— Ach, wir haben so viel Unglück gehabt, seit ich Sie nicht gesehen habe, einer meiner Brüder ist gestorben und mein Vater hat keine Beschäftigung. Santerre nahm Jenny in seine Hände, hob sie in die Höhe und drückte einen Kuß auf ihre bleichen Wangen.

— Alles wird sich ändern, Alles wird besser gehen, erzähle mir, was Du wünschst.

— Nun wohl, Herr Santerre, ich möchte einen kleinen Handel anfangen, um Mutter und Vater zu unterstützen.

— Bah! . . . Seht doch die kleine Schläue! Und auf welchen Industriezweig hast Du Deine Absicht gelenkt?

— Auf die Kolarben! Ich habe sagen hören, daß die Wähler bestimmt haben, die Pariser zu bewaffnen und ihnen eine rothe und blaue Kolarbe zu geben. Jedermann wird demnach eine solche gebrauchen. Daher kam mir der Gedanke, Kolarben zu kaufen und in der Nacht daraus Kolarben zu fabriziren, wozu ich mir von Ihnen 6 Lire leihen wollte.

— Dir ist das Geld meine kleine Gevatterin, ich wünsche Dir guten Muth zu Deinem Unternehmen — sagte Santerre.

— Danke sehr, aber es ist noch nicht alles, denn ich habe hier einen Kameraden, welcher auch arbeiten will. Tritt doch näher . . . er heißt Cabet Ericot und er versteht nichts anzufangen.

h) Abschaffung der Zwischenunternehmer (sweat-master, Scharwecker etc.) durch Anwendung des Gesetzes von 1848.

i) Abschaffung des Trudhsystems, sowie der Konsumvereine seitens der Unternehmer.

j) Abschaffung der privaten Stellensermittlungsbureaus.

k) Ueberwachung aller Werkstätten und industriellen Unternehmungen, die Hausindustrie inbegriffen, durch staatlich bestellte Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

Dem Antrag, welchem sich die sozialistischen Radikalen Houleque, Millerand, Girodet, Chassaing angeschlossen haben, sind als Anhang der Beschluß (Bebel-Guesde) des internationalen Kongresses, sowie eine Liste sämmtlicher Delegirten beigefügt.

Abgesehen von der parlamentarischen Thätigkeit hat die Partei nicht die Hände in den Schooß gelegt.

Zusammen mit den Blavquisten hat sie im Saal Trovati-Baugehal und im Saal Javio zu Paris Versammlungen veranstaltet, welche einen vollen Erfolg erzielten. Die Parteiorganisationen von Lille, Calais, Montluçon Commeny haben eine 1-tägige Agitation entfaltet, in welcher sie durch die Bürger Duc-Laurcy und Jules Guesde unterstützt wurden, welche vor Tausenden sprachen. In Lille besitzt die Partei gegenwärtig eine eigene, nicht unbedeutende Druckeret, in welcher der "Cri du Travailleur" (Arbeiterstimme) hergestellt wird, der sein Format in letzter Zeit vergrößert konnte und der, der Hauptsache nach von Arbeitern redigirt, ein trefflicher Beweis von der Prinzipienklarheit und Festigkeit des Norddepartements ist. Der "Socialiste" und "Marsille", welcher kürzlich in den Besitz der Partei übergegangen ist, sowie der "Gouffeur" von Paris, das Jahrgang der Gewerkschaft der Eisenarbeiter, werden gleichfalls in der Druckeret zu Lille hergestellt. Der Besitz dieser seit langem gewünschten Druckeret, sagt der Bericht, ermöglicht unsere Propaganda zu vervielfältigen, indem wir sozialistische Broschüren zu billigen Preisen herausgeben oder in neuer Auflage erscheinen lassen, mit denen wir die Arbeitergenossen überschwemmen, die bis jetzt außerhalb unserer Organisation geblieben sind.

Die Partei beabsichtigt zunächst eine Neuauflage der ausgezeichneten Studie von Jules Guesde und Paul Lafargue, über das "Programm der Arbeiterpartei" zum Preise von 30 Centimes statt 1 Frank zu veranstalten. Die betreffende Broschüre, eine der besten der sozialistischen Literatur Frankreichs, war seit zwei Jahren vergriffen, und der Mangel machte sich empfindlich bemerkbar.

Dem im Vorstehenden resumirten Situationsbericht sei noch hinzugefügt, daß die sozialistische Gruppe in jüngster Zeit in der Form eines Amendements einen Antrag, die Inspektion der Kohlengruben durch delegirte Arbeiter eingebracht hat. Veranlaßt wurde derselbe dadurch, daß der Senat wieder einmal das bereits von der Kammer votirte Gesetz, die Anstellung staatlich bestellter Mineninspektoren aus den Reihen der Arbeiter, in so verlangter Gestalt zurückgeschickt hat, daß die Kohlenarbeiter behaupten: "Bist kein Gesetz, als ein derartiges", das sie offen als eine "Prämie auf den Mord" bezeichnen.

Wenn je die Geschichte eines Gesetzes lehrreich für die Arbeiter war, so ist es gewiß diejenige des Gesetzes, die Mineninspektoren-Arbeiter betreffend. Es handelt sich bei dem betreffenden Gesetze um die Inspektion der Kohlenbergwerke durch staatlich bestellte Delegirte. Die parlamentarische Initiative zu dem Gesetz reicht in das Jahr 1882 zurück. Nachdem der Entwurf verschiedene Kommissionen passirt, respektive in den Archiven der Kammer jahrelang gesammelt hatte, wurde es 1885 zuerst, und besonders Dank des Eintretens von Basly angenommen. Von da an ist es bereits mehrmals zwischen Kammer und Senat hin- und hergewandert, da der letztere mit der ihm eigenthümlichen Reaktionswuth daran festhielt, daß die Mineninspektoren von den Besitzern der Kohlengruben ökonomisch abhängige Arbeiter bleiben und ja nicht zu staatlich bestellten Beamten werden.

Die ganze Wirksamkeit des Gesetzes beruht darauf, daß die Mineninspektoren durchaus unabhängig und in Ausübung ihrer Amtspflichten durch keinerlei Rücksichtnahmen und Beschränkungen gehindert sind. Dies kann nur erreicht werden, wenn die delegirten Mineninspektoren nicht mehr den Besitzern der Kohlenwerke als Arbeiter gegenüberstehen, die für die Anzeige jeder entsetzlichen Nachlässigkeit, jeder konstatirten Verabwägung der nöthigen Sicherheitsvorrichtungen und hygienischen Maßregeln, die Tausenden das Leben kosten können, aus Lohn und Brot gejagt werden. Die Mineninspektoren müssen also staatlich bestellte Beamte sein. Der von der Kammer nochmals votirte Gesetzentwurf ist auch in diesem Sinne gehalten. Der Senat hat jedoch denselben zum laudenswerthen Male dahin abgeändert, daß die aus den Reihen der Arbeiterdelegirten Mineninspektoren nur für die Tage (2—3 pro Monat und Schacht) entsandt werden, welche sie für Untersuchung der Gruben verwenden, für die übrige Zeit arbeiten sie als Hauer weiter. Die Entschädigung wird ihnen ferner von den Besitzern der betreffenden Kohlenwerke ausgezahlt, der Präsekt

— Teufel, und da willst Du, daß ich ihn beschäftigen soll?

— Mein Herr, sagte Cabet, ein wenig ermuntert durch die huldbolle und freundliche Art des Brauers, ich bin sehr stark und kann Alles tragen, was sie wünschen. Nehmen Sie mich tageweise, wenn Sie jemand brauchen. Santerre fing an zu lachen.

— Wohlan, sagte er vergnügt, ich nehme Dich tageweise von morgen an und wenn Du gut arbeitest, wirst Du ein schönes Stück Geld verdienen.

— Um wie viel Uhr soll ich antreten?

— Bleibe gleich hier, Labroche wird Dir ein Abendbrot geben, Dir ein Lager im Heu zurechtmachen und Du wirst dann Alles für Deine Arbeit bereit finden.

— Habe ich es Dir nicht gesagt, daß Santerre gut sei?

— Ich befürchte, das Kind wird erwachen, deshalb eile ich jetzt fort. Auf Wiedersehen Herr Santerre. Auf morgen Cabet! hup!

— Und die kleine Jenny slog aus dem Hofe mit den ihr eigenen leichten Schritten.

— Ich möchte doch gerne wissen, sagte sie sich, indem sie die Straße hinabging, welche Arbeit Santerre morgen meinem Freunde Cade zuthellen wird.

Das Palais Royal.

Am Dienstag, den 14. Juli 1789, Morgens 9 Uhr, bog eine hübsche Frau um die Ecke der Rue de la Beaune und des Quai. — Es war einer der Tage, wo es unmöglich ist, zu Hause zu bleiben.

Man erwacht und sieht den blauen, wolkenlosen Himmel, der Erwaacht und sieht den Vogel singen; man fühlt, daß des Nachmittags die Hitze unerträglich sein wird, steigt aus dem Bett und sagt sich: — Ich will hinuntergehen und Blumen kaufen; dann werde ich es mir zu Hause schattig machen und mich während der erschlaffenden Tageshitze bequem hinsetzen. Schnell kleidet man sich an — nur in halber Toilette, die viel hübscher ist, als die große — und schlägt den Weg nach den Quais oder Boulevards ein, indem man beim Gehen den Pflastersteinen mit den kleinen Hacken einen angenehmen Klang

kan sie jeden Augenblick zeitweilig ihres Amtes entsetzt. Minister der öffentlichen Arbeiten ganz abgesehen. Die Worte, die Mineninspektoren wären insolge des Gesetzes aus in die Hand der Besitzer der Kohlengruben und der Kohlenwerke, welche bekanntlich stets mit den Kohlenwerken und Verwaltungen der großen Kohlenwerke auf der Seite stehen. Was das bedeutet, ist klar.

Die sozialistische Gruppe fordert in ihren Amendements was folgt.

Die aus den Reihen der Arbeiter delegirten Mineninspektoren werden vom Staate besoldet und zwar in Gemäßheit des höchsten Lohnsatzes, welcher in dem betreffenden Districtus ist. Das Gehalt ist monatlich pränumerando zu zahlen. Die Besitzer der Kohlenwerke haben für die Gehälter auszulassen und dieselben vierteljährlich pränumerando an die Staatseinkassendirektion zu zahlen, welche ihrerseits die Inspektoren auszahlt.

Wie üblich, ist nun wieder eine Kommission mit dem Namen des in Frage kommenden Gesetzentwurfes beauftragt. Guyot, Minister der öffentlichen Arbeiten, hat der Kommission klärt, daß er im Prinzip absolut gegen die Schaffung von Mineninspektoren sei. Diese von den Arbeitern erwählten Mineninspektoren, sagte er, würden damit beauftragt sein, die Minen zu besichtigen. Sie würden, wenn die allgemeine Organisation der Kohlengruben antritt, stets unkompetent bleiben, weil die Thätigkeit würde darauf beschränkt sein, die Sicherheitsbedingungen der Arbeit zu prüfen. (Wäre die Thätigkeit nicht ausgebreitet und verantwortlich genug, da von den Arbeitern heusbedingungen das Leben von Tausenden von Arbeitern hängt?) Nun, diese Bedingungen sind noch nie mit im Bereich der Forderungen der Minenarbeiter gekommen. Nie hat man gesehen, daß nach einem Grubenunglück ein Minenarbeiter ausgedient ist. Die Streiks sind nur anläßlich der Länge der Arbeitszeit, der Lohnhöhe, der Länge der Alters- und Invalidenkassen erfolgt.

Die diesbezüglichen Fragen sind die einzigen, welche Kohlenarbeiter interessieren, und sie werden auch die sein, welche die sich um den Posten als Mineninspektoren die Stimmen der Arbeiter bewerbenden Kandidaten beschäftigen werden. Man läuft also Gefahr, in Gehalt dieser Mineninspektoren "wahre Agenten der Streiks" zu schaffen.

Da jedoch Herr von Guoyot vor Allem am Besten die gute Funktionirung der bestehenden Einrichtungen und parlamentarischen Requirats zu sichern, so setzt er seine Meinung über die Frage hinan und empfiehlt der Kammer, den vom Senat votirten Gesetzentwurf anzunehmen, der weniger Unzulänglichkeiten bietet, als derjenige der Kammer.

Sehr edelmüthig und gnädig von einem so verbodenen Manne wie Herr von Guoyot, seine eigene Meinung hinsichtlich allerdings in diesem Falle die Ueberwindung zu zeigen, da wie oben gezeigt, die Annahme des Gesetzes er vom Senate gefast wurde, genau so gut, als ein Schlimmer ist, als wenn sich der Staat gar nicht um die Gesetze in die natürlichen und harmonischen Beziehungen von Capital und Arbeit regelnd einmischte und "Agente" Capitals schaffte.

Sollte die Kammer an dem von ihrer Vorgängerin angenommenen Text festhalten, so darf man erwarten, daß das Rangspiel zwischen Kammer und Senat auch in der nächsten Legislaturperiode weitergeht. Die durch ein Zweifeln in repräsentirte Legislaturperiode verrichtet in allen Fällen Wohl der Arbeiter abzielenden Gesetzentwürfen im Dienste der Bourgeoisie eine wahre Penelopearbeit: was auf der einen Seite geschaffen, wird auf der andern Seite zerstört.

Politische Ueberblick

Aus dem Reichstage. Dritte Lesung Sozialistengesetzes, letzter Tag des Reichstages — das kennzeichnet die Lage. Was hat der Reichstag beschlossen? Verwirrt die Regierung das Gesetz ohne den Ausweisungsparagraphen? Oder löst sie die Entscheidung in der Schwebe? Die Mittheilungen und Verhandlungen widersprechen einander. Gewißheit wird erst durch die Abstimmung bringen.

Sind die Konservativen für das Gesetz in der Form wie der Reichstag es angenommen hat, so hält die Regierung ihre Entscheidung in der Schwebe. Stimmen sie dagegen, so ist es von der Regierung zurückgewiesen.

Das Reden ist keine leichte Aufgabe in einem dissonanten Reichstag. Die sozialdemokratischen Redner aber ihre Pflicht erfüllen. Bebel zählt in 14 Minuten die Sünden des Sozialistengesetzes auf — wenigstens den Theil, denn für alle würden 10 würden 100 Stunden ausreichen. Anfangs war das Haus unruhig und aufmerksam — schließlich wurde es aber zur Unruhe samkeit gezwungen. Bebel zog namentlich den selber Prozeß in den Bereich seiner scharfen

entlockt. Dies mochten wohl die Gedanken der Sozialistengängerin gewesen sein.

Was giebt es schöneres als eine schöne Frau? welche jetzt um die Ecke der Rue de Beaune schritt, hatte besonders kleine Stiefelchen, die am Knöchel bündeln geziert waren. Ein hübsches, langes Kleid aus grauer Seide brachte Taille und Hüften zu harmonischer Geltung. Ein schwarzes Spitzenbüschel, das über der Schulter gekreuzt war, fiel auf dem Rücken bis zum Gürtel herab. Sie trug einen kleinen Strohhut ohne jede Verzierung, ein sehr dichtes und gerade nur so viel gepudertes Haar bedeckte, daß die Frische ihrer Wangen und das Feuer der Blickes zur richtigen Geltung kamen. Die junge Frau konnte ungefähr 20 Jahre alt sein. Sie hatte eine wölbte Stirn, eine kleine gerade Nase, rothe Lippen, welche die beim Lachen hervorlachen, aufgerichtet kleine Augen und schöne Hände, die bis zum Ellenbogen von Fingerringen von Filet bedeckt waren. Sie betrachtete sich beim Gehen in jener unbeschreiblichen glänzenden Befriedigung, wie sie es empfinden, die schön und geschmackvoll gefleitet sind. Sie wissen, daß ihnen Grazie, Jugend und Anmuth zur Seite stehen. Auf dem Quai stand sie einen Augenblick still, wendete ihren Kopf nach links und sah auf beiden Seiten der Seine Bäume von Reitern, die in weiße Mäntel gekleidet waren und den Helm auf dem Kopfe hatten. Ihre Augen brauen zogen sich zusammen, und indem sie ihr Auge auf die militärischen Aufzüge richtete, hatte es einen streifenden Ausdruck verlieh. Darauf zudte sie wie ein duldigen die Achseln, als wenn sie etwas Jüdrische abwehren wollte und wendete sich, dem Laufe des Quais folgend, nach rechts. Eine Menge Volk füllte den auf der rechten Seite; um zu der Menge zu gelangen, sie beabsichtigte, ging sie über den Pont neuf. Vor Brückenpfeiler stand eine Frau, die Rosen feil hielt, kaufte ihr ein großes Bouquet ab und vergrub sofort die kleine Nase in die von Thautropfen schimmernden Blüten.

(Fortsetzung folgt.)

... durch propagierte er den Minister des Innern, Herr Juchacz zu einer kurzen Resignation, in der unter anderem das denkwürdige Wort fiel, die Arbeiter, welche für die Sozialdemokraten stimmten, seien Arbeiter, die nicht arbeiten wollen — eine Behauptung, die von Liebknecht in scharfer Behauptung gelehrt wird. Liebknecht wies auch die Behauptung zurück, die Sozialdemokraten propagierten, und verwies dabei auf die Notiz, betreffend die Lage der Bergarbeiterbezirke, in der heutigen Nummer des „Volksblatt“.

Hernach gings rasch. Bloß Herr Kulemann hatte noch Bedenken, einige Zitate aus dem „Sozialdemokrat“ zu lesen — vor lauter Haus.

Die Paragraphen des Gesetzes werden rasch angenommen. Die Abstimmung kommt über das Ganze.

Der erste Konservative, an dem die Reihe ist — O wird begonnen, was zu allerhand schlechten Witzigen Anmachereien (Oh! Oh! Oh! Oh!) — der erste Konservative stimmt zu.

Allo — die Regierung wird ihre Sache auf die Reu-chen stellen.

Rekult der Abstimmung 189 Nein, 98 Ja.

Das Sozialistengesetz ist verworfen. Für oder gegen die Sozialdemokraten lautet die Wahlparole: „Das rote Gespenst wird aufmarschieren.“

Und die deutschen Wähler werden ihre Schuldigkeit tun. Insbesondere die Arbeiter, die nicht arbeiten wollen.

Die neueste Nachricht aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier lautet:

Der Streik bricht nicht aus.

Die Führer der Bergarbeiter haben den von den verschiedenen Seiten ihnen gemachten Vorstellungen Rechnung getragen und sind zu dem Entschlus gekommen, ihren Kollegen zu empfehlen, vorläufig von einer Arbeitseinstellung abzusehen. Ein solcher Beschluß wird die Masse der Arbeiter unzweifelhaft gewinnen und damit machen sich dieselben um die ganze Arbeitseinstellung sehr verdient. Zu gelegener Zeit werden die Bergarbeiter bereit sein, ihre Brüder in der Bergarbeit in der Durchführung ihrer berechtigten Forderungen nach Kräften zu unterstützen.

Wie über die Wahlfreiheit der Arbeiter die Sozialliberalen denken, ist soeben in Schneidewitz an einem drastischen Beispiel klar geworden. Ein sozialliberaler Arbeitgeber hat, wie die „Freimüthige Zeitung“ berichtet, den Arbeiter Dessau entlassen, weil er als Vorsitzender des freigewählten Arbeitervereins in einer freigewählten Versammlung in Schneidewitz den Vorsitz geführt hat.

Für den offiziellen Wahlpropaganda, das rote Gespenst, haben Liebknecht und die „Offiziösen“ zu gemüht. Auf dem „Volksblatt“ führt über diese „Offiziösen“ lebhaft Klage, weil sie der offiziellen Redensart internationalen Vorkohls der sozialrevolutionären Bewegung nicht genügend Rechnung trägt.

Mit welchen Annahmen die Wähler schon jetzt rechnen, ist man versucht zu denken, zeigt die „Karl. Zeitung“ für Ruppin. Dort wird mitgeteilt, daß die Franzosen den deutschen Sozialisten 20 bis 30 Millionen Mark zu zahlen würden, um die Bergarbeiter zu veranlassen, die Kohlenförderung einzustellen, bis die Franzosen den Kohlenbedarf von Deutschland, welches aus Mangel an Kohlen für die Eisenbahnen wehrlos gemacht sei, decken könnten. — Die Kartellschiffe ist doch zu geist- und

Wie sehr die durch agrarische Maßregeln künstlich herbeigeführte Lebensmittelpreuerung nach und nach verschärfend auf die sozialen Kämpfe der Gegenwart wirkt, hebt die „Demokratische“ mit folgenden Worten hervor: „In immer verbitternder Weise wird die künstliche Lebensmittelpreuerung in Deutschland. Die sozialen Streiks, welche soeben in Oberschlesien ausbrachen, sind die vorläufigen Niederschläge der Wiedlungen auf die durch das Schweinefleischverbot herbeigeführte Preissteigerung mit zurückzuführen. Die Forderung einer 50p ojentigen Lohnsteigerung des rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverbandes wird mit den hohen Lebensmittelpreisen begründet. Und in dem neuen Jahresbericht einer konservativen Körperschaft, der Mannheimer Handelskammer, deren Vorsitzender der nationalliberale Abgeordnete Kellner ist, heißt es ganz offen: „Bei den besonders in der letzten Hälfte des Jahres gestiegenen Fleischpreisen und den anderen Lebensmitteln (Brot), nicht weniger auch der Kohlenpreise... kann man nicht wohl sagen, daß die theilweise erhöhten Löhne eine gesteigerte Lebenshaltung der Arbeiter herbeiführen vermöchten.“ Das genügt, und man sieht, daß die Opposition bei ihrer Agitation für unabhängige, wirtschaftlich gekannte Kandidaten die mächtigsten Bundesgenossen in der Wahlbewegung haben.

Nahrungs- und Genussmittelfälschung. Es ist eine allgemeine Tatsache, daß von Seiten der Bourgeoisie die Verwahrlosung aller notwendigen Lebens- und Genussmittel des arbeitenden Volkes mitunter geradezu gewerbmäßig betrieben wird. Eine typische Erscheinung aber ist es, wenn dazu direkt aufgefördert und angepöbeln wird, wie dies in der „Karl. Zeitung“ geschieht, in deren letzter Nummer wir folgende Artikel folgenden Inhalts abgedruckt sind:

Geld zu verdienen durch Kunst-Rasse Fälschung.

Jean Dechhausen u. Weies, Köln o. Rh.

Wo bleiben denn da die Herren Staatsanwälte, um die Lebensmittelfälschern das Handwerk zu legen?

Paris, 23. Jan. (Der hiesige Arbeiterbildungsverein vor dem Arbeiterbildungsverein hatte Erlaubnis erhalten, einen großen Festtag abzuhalten. Unter der Hand haben nun einige Mitglieder des Vorstandes und Festkomitees sich abgeben an der Kasse Karten gegen 25 Pf. Entree auszugeben. Ein Programm gegeben. Gegen ein wegen dieser Verletzung ausgesprochenes Strafmandat erhoben die Betreffenden einen Einspruch, unter der Erklärung, sie hätten das Programm nur zu Deckung der Tageskosten verkauft, die Höhe des Geldes habe Jedem freigestanden. Es war aber die Kasse hart hinter dem Arbeiterbildungsverein her: zunächst ist ihm nicht den Kontens erteilt, eine öffentliche Festung abzuhalten und drei Polizeidiener schicken sie einen Mann ins Gefängnis; der sich eine Karte holen sollte, dafür zahlte Jeder 25 Pf. Entree, den Geldmandat nicht genau angelegen zu lassen und der Präsident des Bildungsvereins sagte, damit er nicht zu thun gehobt zu haben. Das Gericht ermag, daß Vorstandsmitglieder für 2-ratiges aufkommen müßten und drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Neuiges, 24. Januar. Diese Woche wurde den Arbeitern der Firma D. Vets u. Co. hier ein einmaliges kleines Geschenk zu Theil, in Anbetracht der theueren Lebensmittel. Die verheirateten Arbeiter erhielten 10 M., die unverheirateten 5 M., und die jugendlichen Arbeiter 3 M. Die Arbeiter erhielten die Arbeiter keine Lohnsteigerung, wenn die Firma einseht, daß die Lebensmittel zu theuer sind, daß die Arbeiter kaum von ihrem mageren Verdienst leben können? Und die Wahl steht vor der Thür und da ist wohl zu thun und mitzutheilen eine gute Christenpflicht.

Schwerin i. M., den 24. Januar. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Zentral-Wahlkomitees, dessen Mitglieder auf Grund des mecklenburgischen Verordnungsbeschlusses beim hiesigen Polizeiamt angemeldet worden sind, hat dem Magistrat schriftlich das Gesuch eingereicht, die

Wählerliste auch an einem Sonntage zur Einsicht auszuliegen. Auf diesen Antrag ist folgende Antwort eingelaufen, deren kostliche Ausdrucksweise es verdient, in weiteren Kreisen bekannt zu werden.

Magistrat der Haupt- und Residenzstadt Schwerin i. M. Ohne Ihre Berechtigung, für ein dem Magistrat auch unbekanntes Arbeiter-Wahlkomitee aufzutreten, anzufragen, wird auf Ihren Antrag vom 21. d. M. Ihnen erwidert, daß durch die Verordnung vom Jahre 1855 zur Heiligung der Sonn- und Festtage, sowie aus Rücksicht auf die Beamten, der Magistrat sich behindert sieht, Ihrem Antrage zu willfahren.

Schwerin, 22. Januar 1890.

Der Magistrat. ge. H. V. B. d. e.

Welchen Gedanken der erste Bürgermeister der Stadt Schwerin, der Hofrath H. Vade, mit den Wörtern „auch unbekanntes“ zum Ausdruck bringen wollte, dürfte Niemand zu errathen im Stande sein. — Die sozialdemokratische Agitation für die Reichstagswahl ist hier in vollem Gange und herrscht der größte Eifer, daß der Kandidat, Spirewirth, Th. Schwarz-Pöckel, im 2. meckl.-schwer. Wahlkreise in die Stichwahl gelangt.

Frankreich.

Paris, 23. Januar. Der Abg. Joffrin erklärte sich gestern bereit, von seiner Wahl zurückzutreten, wenn auch die boulangistischen Abgeordneten zurücktraten; dann würde man sehen, wie die Boulangisten geschlagen werden! Die Abgg. Laguerre und Le Gorriffé haben diese Herausforderung angenommen und sind bereit, zurückzutreten, wenn Joffrin zurücktritt. — Ja der auf heute einberufenen Vollversammlung der Rechten setzte Bischof Freppel auseinander, man solle keine eigene Gruppe bilden, nur einen Boden der Verständigung für alle Konservativen schaffen. Alle könnten sich bezüglich der Beibehaltung der sozialen Ordnung, der Förderung der bürgerlichen, religiösen und gesellschaftlichen Interessen einigen. — Die neue Vereinigung nennt sich „Allgemeine Vereinigung der Abgeordneten der Rechten“. Zu Präsidenten wurden erwählt: Herzog de la Rochefoucauld, Doudeauville, Jolidois, Freirey de Macau und Jacques Pion. Von 170 Abgeordneten der Rechten wählten dieser „Vollversammlung“ nur 60 bei. Der Versuch, die Rechte wieder unter der Oberhoheit des „Rechtsausschusses“ zu einigen, ist also glänzend mißglückt. Cassagnac hatte beantragt, nur drei Präsidenten als Vertreter der drei Gruppen, der Royalisten, der Imperialisten und der einfachen Konservativen, der keiner dieser beiden Richtungen angehört, zu ernennen. Gavron und Renard, Anhänger der konstitutionellen Rechten, protestirten aber gegen diese enge Klassifikation. Es geht außerdem noch Mitglieder der Rechten, die, wenn sie auch bezüglich ihrer konservativen Gesinnungen der Rechten angehört, doch eine andere Politik im Auge hätten. Wenn man sie nicht anerkenne, würden sie sich zurückziehen.

Spanien.

Madrid, 24. Januar. Die Kammer nahm mit 143 gegen 31 Stimmen den Artikel 1 der Vorlage betreffend Einführung des allgemeinen Wahlrechts an.

Wahlbewegung.

Essen, 21. Januar. Ein „Arbeiter-Wahlkomitee“ hat für hier, laut dem „Beobachter“, den Bergmann Ludwig Schröder in Dortmund als Reichstagskandidaten aufgestellt. Derselbe hat die Kandidatur angenommen.

Sonn, 22. Januar. In einer sozialdemokratischen Wahlversammlung ist Debel als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

Kendensburg, 22. Januar. Für den 9. Wahlkreis ist seitens der sozialdemokratischen Partei der Zigarrenarbeiter Steinfort in Meinsburg als Kandidat aufgestellt. Nach einer am Sonntag Abend zu Segeberg abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung wurden von der Polizei mehrere Verhaftungen vorgenommen. Einer der Verhafteten wurde am anderen Morgen todt in seiner Zelle vorgefunden; ein Versschlag (?) hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Eine Untersuchung dieser Angelegenheit ist eingeleitet worden.

In Königsberg und in allen Wahlkreisen Ostpreußens kandidirt sozialdemokratisch der Zigarrenbändler Schulz-Königsberg; in Danzig und in allen Wahlkreisen Westpreußens kandidirt der Lithograph Jochen.

Für die bevorstehende Reichstagswahl in Braunschweig zirkulirt dort unter Berücksichtigung der Kandidaten-Namen folgender scharfhafter Parteiprospekt:

a) der Freimüthigen: Wählt bloß an diesem Ort „Winter“!

b) der Kartellbrüder: Wählt in diesem Winter bloß „Oth“!

c) der Sozialisten: Wählt an diesem Ort diesen Winter: „Blas“!

geben. Abz. x.“ und „Schloßfreiheit-Lotterie habe noch einige Loose zur 1. R. mit 2 M. unterm Originalpreis, also mit 50 M., abzugeben. Abz. unter x.“ Es scheint mirhin schon jetzt, vor der ersten Ziehung, selbst noch vor Ausgabe der Loose, in manchen Kreisen die Erkenntnis durchgedrungen zu sein, daß auf einen Verkauf mit Aufgeld zuletzt nicht nur nicht zu rechnen sein, sondern ein starkes Angebot den Preis stark drücken werde. Wir fürchten, daß mancher Looskäufer mit dieser Lotterie sehr schlechte Erfahrungen machen wird. Denn 5 M. Kaution mögen viele Leute wagen, die Mehrzahl mag auch in der ersten Klasse, in der von 200 000 Loosen 199 105 verlieren, noch das Glück versuchen. Aber die späteren Nachzahlungen werden den Verlierern schon schwerer, und angesichts des Umstandes, daß in der zweiten und dritten Klasse die Gewinne viel kleiner werden, die Zahl der Verloore aber noch beträchtlich steigt, so daß nur 379 Loose gewinnen, werden sicher zahlreiche Spieler auf die kostspielige Fortsetzung des Wagnisses verzichten.“

Dem „Börsen-Courier“ wird geschrieben: „Gestern (Donnerstag) Abend, als ein Fremder die „Lohengrin“-Vorstellung im königlichen Opernhaus besuchte, wurde, und zu diesem Zwecke einen Parquetplatz an der Kasse zu erlangen versuchte, indem er einen Hundertmarktschein aus der Brieftasche zog, um das Billet zu bezahlen, wurde das Bankbillet zurückgewiesen mit der Bemerkung, daß man einen unbekanntem Person nicht mit nichts dir nichts einen Hundertmarktschein wechsele, da man ja doch nicht wissen könne, ob der Schein echt sei.“ Alles dies sogar in einem nicht allzu öffentlichen Zone. Da der Fremde sich aber dadurch keineswegs abschrecken ließ und endlich vorschlug, Name und Adresse zu hinterlassen, hat sich schließlich der kgl. Posttheaterkassirer doch dazu bequemt, den Schein zu wechseln, und dem Fremden erlaubt, um 7 Uhr 10 Minuten das Publikum zu stören! Unglaublich aber wahr! A. S. Jägerstraße.“

Die Fernweber, unsere ständigen Wintergäste auf den hiesigen Wasserläufen, bringen immer weiter in die verschiedenen Stadtgegenden vor. Während sie früher nur in der Umgegend der Friedrichsbrücke gesehen wurden, bemerkt man sie zu Beginn dieses Winters auch hinter dem alten Polizeipräsidium auf der Spree und seit einigen Wochen machen sie sich auch auf dem Engelbeiden und in dem Louisenstädtischen Kanal bemerklich; wo ihnen die leerstehenden Badehäuser als Niststätten zu dienen scheinen. Menschenchen scheinen die Thiere nicht zu sein, denn am Museum haufen sie während des Baues der Kaiser Wilhelm-Brücke; an der Fischerbrücke liegen sie sich nieder während der Arbeiten an dem neuen Wehr und über den Louisenstädtischen Kanal baut man jetzt die neue Brücke. Das Arbeiten der Dampfmaschinen hört die Thiere garnicht.

Ein räthselhafter Mensch war es — so schreibt die „Post“ — der vorerzählten Nachmittags einen Koffer in der Hand haltend, in der Mittelstraße auf dem Bürgersteig stand und nachdenklich bald zum Himmel aufschau, bald seinen Blick auf den Boden heftete. Die vorübergehenden Leute sahen sich wohl den Gedanken Versunkenen Kopf schüttelnd an, in dem Getriebe der Großstadt aber haften Einer an dem Andern vorbei. Unter den Passanten befand sich auch ein Schuhmann, welcher ebenfalls den merkwürdigen Menschen betrachtete. Abends kam der Beamte wieder vorbei und sah wiederum den Unbekannten mit dem Koffer in der Hand da stehen. Diesmal hielt es der Beamte für einen Zufall, welcher ihn zum zweiten Male auf derselben Stelle mit dem Kofferemensch zusammenführte. Als er aber gestern Vormittag bei einem abermaligen Gang durch die Mittelstraße wiederum den Herrn mit dem Koffer auf demselben Fleck stehen sah, sprach er ihn an und nach den Antworten hörte er, daß der räthselhafte Unbekannte seit vorgestern, als er ihm zum ersten Male begegnet war, auf derselben Stelle stehen geblieben war, und zwar, wie der Fremde behauptete, weil er sich nicht losmachen könne. Nun wurde dem Beamten klar, daß er es mit einem Wahnsinnigen zu thun hatte, und er brachte den Bedauernswürthen zur Polizeiwache. Hier konnte man nur in Erfahrung bringen, daß der Unbekannte vorgefunden von außerhalb zugereist war und ein Kaufmann K. sein wollte. Aus den verwirren Angaben des Unglücklichen ging nicht hervor, welches sein Wohnort ist. Die Revision des Koffers lieferte ein überraschendes Resultat: Man fand in demselben 48 000 M. in Baar und in Werthpapieren; auch einiges Goldgeld war dabei. Wahrscheinlich hat der räthselhafte Unbekannte im Verfolgungswahn sein Geld in Sicherheit bringen wollen und ist von Hause geflüchtet. Jetzt ist er und sein Geld in Sicherheit.

Ueber die Explosion einer Straßenbahn-Lokomotive in Lyon berichtet die „Straßenbahn“ und knüpft an die Schilderung dieses Unglücks eine Betrachtung über die Berliner Dampfstraßenbahn, in welcher es heißt: „Hier bekommt man einen Begriff, wie weit man es mit der Unachtsamkeit treiben kann, und daß bis heute noch kein solches Unglück wie in Lyon passiert ist, hat man wohl nächst der Verletzung nur der vorzüglichen Konstruktion der Roman-Wagen und Vorsig's bekannten Materialien zu verdanken; denn die Zustände bei dieser Bahn spotten aller Beschreibung und es wäre jetzt, wo genannter Gesellschaft eine weitere Konzession noch mehr in die Stadt hinein erteilt worden ist, Zeit, daß von irgend einer dazu berufenen Instanz einmal gefragt wird, wie der Betrieb eigentlich gehandhabt wird. Ohne auf die Frage der Kesselrevision einzugehen, wollen wir nur bemerken, daß wir so scharf abgelassene Bandagen gesehen haben, daß man darauf hätte schwören mögen, es sei unmöglich, daß sie ohne zu entgleiten eine Kurve passiren könnten. Das ist in Berlin mit seinem Verkehr an Fußgänger und Fahrgänger der Fall. Dem bemerksamen System der Roman-Dampfwagen allein ist es, wie es scheint, zu verdanken, daß bis jetzt kein Unglück vorgekommen ist. Aber wir müßten uns fragen, wie lange wird es noch so gehen können? Wie kommt es, daß, während man an dem einen Dampfswagen Rauch und Dampf gar nicht spürt, man bei andern furchtbar belästigt wird? Die eine Maschine hört man kaum gehen, bei anderen wieder klopft es, wie in einer Hammerröhre. Wenn nun wirklich, wie wir hören, die Direktion den Fehler begangen hat, auf eigene Faust gegen den Rath des Ingenieurs der Dampfswagen Material anzuschaffen, welches für den Betrieb hier gar nicht paßt, und Wagen für Massen-transport zu konstruiren, welche für Straßenbahndienst sich gar nicht eignen, so ist die Zeit herangekommen, dafür zu sorgen, daß die Folgen ihrer Kurzsichtigkeit sich nicht in bedauerlicher Weise geltend machen. Man möchte wahrlich nicht erst warten, bis ein solches Unglück, wie es sich in Lyon ereignet hat, einen wahren Sturm von Enttäuschung gegen die Firma Bäcklein u. Ko. erregt. Wir werden demnächst aus sachkundiger Feder eine Schilderung der Art, in welcher bei Bäcklein die Maschinen behandelt werden, veröffentlichen. Wir sind überzeugt, daß sowohl die Behörden, wie die Direktoren der Dampfstraßenbahnen davon erbaut sein werden. Man darf darauf gespannt sein, in welcher Weise die Firma Bäcklein sich diesen Anschuldigungen gegenüber entfallen wird.“

Ein Schnorrer, der zur Aufzierung seines „Gewerbes“ eine durchtriebene Fälschung plante, ist vorgefunden durch die Umficht eines hiesigen Bürgers dingfest gemacht worden. Bei dem Gewerke L. Stachau, Kolonnenstraße 54, der besonders von Behörden viel beschäftigt wird, erschien vorgestern Abend ein etwa 35-jähriger jüdischer Mann, um im angeblichen Auftrag des Oberbäckers Dr. Hildesheimer einen Stempel mit der Aufschrift „Rabbiner-Seminar Freil. Berlin, Hildesheimer“ zu bestellen. Dr. Dr. Hildesheimer zu den ständigen Kunden der Stachau'schen Firma zählt, wäre wahrscheinlich der Auftrag ohne Bedenken ausgeführt worden, wenn nicht Herr Stachau die beherzigenswerthe Vorsicht gebrauch hätte, die Dr. Hildesheimer's Entandungen über den Auftrag einzuziehen. Es stellte sich sofort heraus, daß der Schnorrer sich unbedugt in den Besitz eines Stempels habe setzen wollen,

Achtung!

Wie uns mitgeteilt wird hat der hiesige Magistrat Reklamationen, welche die Nachtragung in die Wählerlisten für den Reichstag verlangten, zurückgewiesen, unter der Angabe, die Reklamanten hätten, durch die Aufnahme Familienangehöriger in das städtische Krankenhaus, eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten; in einem Falle ist ein Reklamant aus dem Grunde zurückgewiesen, obgleich er, wie die uns vorgelegten Quittungen ergeben, die im Krankenhaus entstandenen Kosten in monatlichen Raten pünktlich abgezahlt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat bei der, ihr gesetzlich zustehenden Prüfung der Einsprüche gegen die Richtigkeit der Kommunalwähler-Listen wiederholt die Streichung aus dem oben angeführten Gründen für unzulässig erklärt und damit erklärt, daß Behandlung und Verpflegung im Krankenhaus, ausschließlich wenn dieselbe durch Theilzahlungen nachträglich geschieht, als eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht anzusehen ist.

Nach diesem Grundsatz, den wir glauben auch der Magistrat bei nochmaliger Prüfung als durchaus richtig anerkennen wird, rathen wir, sich bei der Zurückweisung der Reklamation nicht zu beruhigen, sondern unter Verfüzung des Nachweises, daß eine Theilzahlung der auf bezeichnete Art entstandenen Kosten statthafte, schriftlich beim Magistrat um Nachtragung in die Wählerliste vorzulegen zu werden.

Nach der amtlichen Bekanntmachung des Magistrats ist ein Einspruch gegen die Richtigkeit der Wählerliste zulässig und muß derselbe spätestens bis zum 30. Januar c. beim Magistrat eingereicht werden.

Hierzu ist es notwendig, daß diejenigen Wähler, deren Namen aus oben bezeichneten Grunde nicht in der Wählerliste stehen und deren Reklamation nicht entsprochen ist, sich über diesen Bescheid bis zum 30. Januar c. beim Magistrat schriftlich beschweren, der, wie wir annehmen dürfen, durch Kollegialbeschluß dem, für die Kommunalwahlen geltenden Grundsatz nach für die Reichstagswahl in Anwendung bringen wird.

Veräume also Niemand, sich sein Wahlrecht zu sichern und dafür zu sorgen, daß, wenn sein Name um deswegen in der Wählerliste fehlt, weil er oder seine Angehörigen, gegen nachträgliche Theilzahlungen im städtischen Krankenhaus Aufnahme gefunden haben, die Eintragung erfolgt, da, wie ge'agt die Eintragung oder Festhaltung von Ratenzahlungen für eine aus öffentlichen Mitteln erhaltene Krankenpflege nicht als Armenunterstützung angesehen werden kann und der betreffende Wähler daher unbedingt wahlberechtigt ist.

Wie künftighin die diesmaligen Wählerlisten hergestellt sind, geht aus der einen Thatsache hervor, daß der Zigarettenhändler Herr Bömer, Ritterstraße 108, festgestellt hat, daß von 206 Wählern, die bei der letzten Kommunalwahl ihre Stimmen abgegeben haben, nicht weniger als 18 in den Reichstagswählerlisten nicht eingetragen waren. Um so dringender ist für jeden einzelnen Wähler die Verpflichtung, sich zu erklären und seine Wahlberechtigung zu bestätigen, falls sein Name in den Wählerlisten enthalten ist, will er nicht die wichtigsten politischen Rechte durch seine Nachlässigkeit einbüßen. Scheut niemand die kleine Mühe der Durchsicht der Wählerlisten und bewache sich und die Allgemeinheit vor schwerem Schaden!

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

52 Sitzung vom 25. Januar, 10 Uhr.
Am Tische des Bundesrats: von Bötticher, Herr v. Kalkbrenner, v. Marschall.
Präsident v. Lepow: Abermals habe ich Ihnen beim Beginn der Sitzung eine Todesnachricht mitzuteilen, zum letzten Male in wenigen Monaten. Das Mitglied des Reichstages für den 8. Königsberger Wahlkreis, Borowski, der dem Hause seit 1871 ununterbrochen angehört hat, ist gestern in seiner Heimat gestorben.
Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in der nächsten Sitzung.

Zur dritten Beratung liegt der Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes gegen die gemeinlichlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Herr v. Helldorf: Wenn die verbündeten Regierungen den Beschlüssen der zweiten Lesung zustimmen, wird das Gesetz voraussichtlich eine ebenso lange Dauer haben, wie das gegenwärtige System in Deutschland. Gattausch sind wir Sozialisten von den Beschlüssen nicht, denn schon bei der Beratung des ersten Entwurfs wußten wir, daß das Gesetz nicht verwirkt werden würde. Die Sozialdemokratie hat während ihres Bestehens ein Wachstum und Ausdehnung gewonnen. Vor wenigen Tagen hat Herr v. Helldorf an die Spitze der Sozialdemokratie bezeichnet. Würde die bürgerliche Gesellschaft aber nicht schon krank, so hätte der Basillus der Sozialdemokratie nicht so um sich greifen können. Da sie das herrschende System nicht verlassen wollen, wird auch, solange die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft besteht, die Sozialdemokratie bestehen. Sie auch mit noch härteren Mitteln, mit der Exportierung der Aristokraten, mit der Bestimmung, daß kein Sozialdemokrat Abgeordneter sein dürfe, gegen uns vorgehen. Die Sozialdemokratie gleicht der lehrreichen Schlange, sie hat sich nicht nur nicht immer von den ihr zugefügten Schlägen verletzt, sondern sie ist heute mächtiger da, denn je. Wären Sie aus dem Gesetz ein Ausnahmefall oder Spezialgesetz nennen, seine Natur bleibt immer dieselbe, trotzdem selbst die Ausdehnung der Uebertritt freitig ist. In der Handhabung des Gesetzes können wir drei Perioden unterscheiden: die erste, in der man alle Bestimmungen des Gesetzes rücksichtslos handhabte, dann eine gemilderte Periode seit 1883 und schließlich die dritte Periode, die wir noch immer als eine unzureichende, erträgliche bezeichnen können. Wer giebt uns aber die Garantie, daß diese Handhabung auch nach Annahme eines neuen Gesetzes beibehalten wird. Sie stimmen mit dem Wunsch der Bürger zweiter Klasse und in den Massen das Gefühl

einer rücksichtslosen Unterdrückung. Wenn das Gesetz nicht gemacht sein soll, Irreführen zu bekämpfen, so ist es ein Messer ohne Klinge, denn diese Lehren können jeden Augenblick in die That überseht werden. Weder der Minister des Innern, noch ein Ministerkollegium, noch der Reichstag hat das Recht zu erklären, was eine Irreführung, was eine richtige Anschauung ist. Wenn Sie sich einmal als ein Gerichtshof konstituieren wollten, würden Sie überdies sofort über jede Frage uneinig sein. Das Gesetz soll durch die Notwendigkeit der bisherigen Verlängerungen nicht genügend gewirkt haben. Wir sind aber niemals im Zweifel gewesen, daß das Gesetz stets verlängert werden würde. Wir sollen ferner Gegner des bestehenden Staates sein. Obwohl wir die großen Schäden desselben auf jede Weise bekämpfen, glauben wir doch, daß die gegenwärtige Staatsordnung immer noch besser ist, als die früherer Jahrhunderte. Die Beispiele, die der Abg. von Kardoff neulich dafür angeführt hat, daß wir auf die Begehrlichkeit und Unheilbarkeit der Massen spekulieren, unsere Ansichten über die Vernünftigkeit der Annexion von Elsaß-Lothringen, über den fortwährenden Kämpfen erforderlich machenden Nationalitätengegenstand über die Wirkungen der Klassenherrschaft, alles das sind Anschauungen, die mit der Sozialdemokratie nicht das Mindeste zu thun haben. Wenn Sie soweit gehen, jede Meinung, die der herrschenden Strömung widerspricht, schon als eine solche betrachten wollen, die auf Grund dieses Gesetzes zu unterdrücken ist, so unterdrücken Sie überhaupt jede Meinungsfreiheit, sprechen dem Sozialisten die Berechtigung jeder selbstständigen Ansicht ab. Man sieht hier so von oben herab auf die Unheilbarkeit der großen Masse. Wenn verbannt die große Masse diese Unheilbarkeit? Ihrem Herrschaftssystem, der Art und Weise, wie Sie die Massen zu unterdrücken, in Unwissenheit zu erhalten, von dem Gewicht Ihrer Gründe so sehr überzeugt, dann möge doch in einer beliebigen Versammlung der Abg. von Helldorf sich uns gegenüberstellen und seine Anschauungen entwickeln. Ich glaube aber nicht, daß selbst dieser geistreiche, gemachte Redner unsere Wähler überzeugen wird, denn wir haben die Massen aufgeführt ohne große Mühe über die ungeheure Belastung der Arbeiter durch die Getreidezölle, über die zunehmende Proletarisierung, die Konzentration und Akkumulation des Kapitals und seine Folgen. Unseren Arbeitern sind endlich die Augen aufgegangen, aber auch die Handwerker und Bauern fangen an zu denken; sie sehen die schlechten Folgen der Steuererhöhung. Noch leidet kein, heißt es, ich sage: Ich leide denken. Das ist für mich das Wichtigste. Der Herr Helldorf greift nach jedem Strohhalm. Warum soll der Arbeiter und Bauernstand, am Rande des Abgrundes stehend, sich nicht zunächst an diejenigen halten, welche durch ihre soziale Bildung und die Macht, die Gesetzgebung auszuüben, im Stande sind, ihnen zu helfen. Ihr Bemühen wird erfolglos sein. Niemand wird sich mehr freuen, als die deutsche Sozialdemokratie, wenn die verbündeten Regierungen Ihrem Antrage in Bezug auf Einführung eines Verfassungsnachweises zustimmen sollten. Das Handwerk wird in kurzer Zeit erkennen, daß ihm dieses Mittel auch nicht hilft und es wird in unsere Reihen übergehen. In den Augen der Mehrheit dieses Hauses ist es ein Verbrechen, daß die Arbeiter anfangen, international zu werden, daß sie im vergangenen Sommer in Paris zu einem großen internationalen Arbeiterkongress zusammenkamen. Ich habe in einem großen Theile der Presse die Anerkennung gelesen, daß der internationale Arbeiterkongress sich außerordentlich vorzüglich benommen und Befehle gefaßt hat, über die sich diskutieren lassen. Ich habe selbst als Referent über die Frage einer internationalen Arbeiterschutzesetzgebung es als einen Beweis von der politischen Reife der Arbeiter aller Länder bezeichnet, daß sie von utopischen Träumereien zur Lösung rein praktischer Fragen übergegangen seien. Wie sind denn die Arbeiter dazu gekommen, sich international zu verdrücken? Doch nur durch die bürgerliche Gesellschaft, welche fortgesetzt revolutionärend auf allen Gebieten der menschlichen Thätigkeit bis auf den heutigen Tag gewirkt hat. Gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, in Folge dessen der deutsche Proletariat schmachtet, billiger böhmische und italienische Arbeiterkräfte zu erlangen, oder gar Rußland, hat auch der Arbeiter das Recht, sich international zu verbinden gegen das Vorgehen der Bourgeoisie. Was ist internationaler als das Kapital, die goldene Internationale? Wer hat in den verbündeten Staaten große Gruben und Eisenwerke aufgekauft mit deutschem Kapital wenn nicht Herr v. Biehröder und Konsorten, und wer hat im Westen Amerikas ungeheure Ländereien aufgekauft, um damit Weizen zu bauen, als die deutschen Aristokraten und Bourgeois, welche die Ueberflüsse ihres Kapitals nicht besser anzulegen wissen? Nirgends tritt die Internationalität des Kapitals deutlicher hervor, als in Amerika. Milliarden deutschen Kapitals sind in Serbien, Rumänien und Südamerikanern angelegt, in mehr oder weniger guten oder auch faulen Papieren; 2 Milliarden allein in russischen Papieren. Dient die Subvention einer Dampfschifflinie nach O'afrika, der Zukunft zu dem Bau des St. Gotthard-Tunnels nicht internationalen Zwecken? Wenn irgend Jemand revolutionär ist, so ist es das moderne Großbürgertum, die Bourgeoisie. Ihr ganzes Denken und Fühlen, ihr Bildungsgang, selbst die Wissenschaft ist revolutionär geworden. Die Emanzipation der Sklaven in den Vereinigten Staaten und neuerdings in Brasilien, die Säkularisation des Kirchenguthums in Italien — das Eigenthum jedes einzelnen Bourgeois — waren sie nicht revolutionäre Bestrebungen? Die schlimmsten Revolutionäre sind immer die größten Revolutionäre gewesen. Wenn Herr v. Helldorf an die Spitze des Deutschen Reiches kommen sollte, würde er nicht diejenigen Grundzüge verwirklichen, die er verschiedentlich in seinen Reden vorgezogen hat? Würde das nicht eine vollständige Umwälzung hervorrufen? In diesem Punkte stimme ich mit Herrn v. Kardoff überein: In Bezug auf die vollständige Rechtsgleichheit bei der Handhabung der Ausweisungen nach dem vorliegenden Gesetz, das Preußen hat das Verwaltungs-Verfahren, das von uns so hart in Anspruch genommene Sachen von uns nur den Beschwerdeführer. In Bayern existirt wohl ein Verwaltungs-Verfahren, aber nicht für das so wichtige Verwaltungsverfahren. Wir haben dort mit dem Beschwerdebeweg die traurigsten Erfahrungen gemacht. Es dauert Jahr und Tag, ehe das Ministerium eine Antwort giebt. Da die Beamten die Gründe des Verfalls einer Verfassung nicht angeben wollen, so ist uns auch die Widerlegung abgehandelt. Besonders schlimm ist es in der Rheinpfalz und in Rürnberg. Es ist soweit gekommen, daß dort nahezu keine Verfassung abgehalten wird. Ein Redner darf in Bayern über ganz harmlose Thematia nicht sprechen, die er selbst im Boden unerschrocken behauptet darf, kurz, es herrscht die reine Willkür. Ein anderes für jede politische Partei notwendiges Auktionsmittel sind die Vereine. Auch hier soll künftighin

der Instanz die Reichskommission entscheiden. Aber wenn auch die Handhabung des Gesetzes in den letzten Jahren eine wesentlich mildere geworden ist, bezüglich des Vereinswesens ist sie die alte geblieben. Eine Partei wie die unsrige, die sich aus den unteren Klassen der Gesellschaft rekrutirt, also nicht alle die Mittel hat wie die höheren Klassen, um den Verkehr und Meinungsaustausch zu pflegen, ist desto mehr auf die Ausbildung und Entwicklung des Vereinswesens angewiesen; und doch sind von den Polizeibehörden der Einzelstaaten und von der Reichskommission Grundzüge aufgestellt und eine Handhabung des Beschwerbewesens beliebt worden, das in sehr vielen Fällen Verbote von Vereinen ausgesprochen hat. Nichts hat mehr dazu beigetragen als gerade diese Schärfe in der Handhabung des Vereinswesens, die Geheimbünde bei uns zu begünstigen. Vor dem Sozialistengesetz standen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuchs nur auf dem Papier; keinem Deutschen und keinem Sozialdemokraten ist es eingefallen, sich irgendwie auf Geheimbünde zu werfen, weil das Vereins- und Versammlungsgesetz, wenn auch nicht überall ein freies, so doch ein solches war, daß der Sozialdemokrat mit allen übrigen Staatsbürgern gleich berechtigt war. Erst unter dem Ausnahmefesetz, mit der vollständigen Vernichtung des Vereinswesens ist die Geheimbünde bei uns im Deutschen Reich entstanden. Jahrelang hat man sich innerhalb der Sozialdemokratie auf das Allerentschiedenste dagegen erklärt. Die sofort nach Erlass des Gesetzes aus Berlin ausgesandten Sozialdemokraten, Fröhlich, Auer u. a. haben in einem von ihnen allen unterzeichneten Aufruf die Zurückbleibenden in der alternativen Weise gewarnt, ihnen gegenüber angethan, die Verführer abzuweisen, die sie zu geheimen Verbindungen oder zu Putsch aufreizen wollen. Nichts hat uns also ferner gelegen, als unter der Herrschaft des Ausnahmefesetzes, als die Geheimbünde zu unterdrücken, und doch haben wir es nicht verhindern können, daß an einzelnen Orten sich geheime Verbindungen bilden, in denen unsere Genossen sich organisierten, ihre Angelegenheiten besprachen, theilweise auch Organisationen zur Verbreitung verbotener Druckchriften. Da kamen dann die Geheimbündeproteste. Im Jahre 1882 wurden in diesen Protesten von den Gerichten 22 Personen verurtheilt, 1883 Riemann, 1884 5, 1886 47, 1887 82, 1888 108. Für 1889 ist die Zahl noch nicht bekannt, wahrscheinlich übersteigt sie, den Eberfelder Prozeß eingerechnet, erheblich die Zahl von 1888. In der Hauptsache handelt es sich bei diesen Prozeßen darum, daß überhaupt eine Organisation bestand, die den Behörden verheimlicht wurde, dann darum, daß man innerhalb dieser geheimen Organisationen keine Konventikel einrichtete, zu Wahlweiden, zur Propaganda im Allgemeinen, und theilweise nicht überall — zur Verbreitung des „Sozialdemokrat“. Vor allem glaubten aber die Behörden im Deutschen Reich, wie an einzelnen Stellen solche Verbindungen beständen, sei auch eine allgemeine Verbindung über das ganze Reich verbreitet und an ihrer Spitze stehe als Zentralorgan die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. In diesem Sinne wurde 1885 der erste Geheimbündeprozeß gegen eine Anzahl Mitglieder der sozialistischen Fraktion in Szene gesetzt und zwar in Chemnitz. Damals folgte die allgemeine Freisprechung sowohl bezüglich der geheimen als der ungeseklichen öffentlichen Verbindung. Das Reichsgericht gab aber in der höchsten Instanz dem § 129 eine Auslegung, wie sie bis dahin nicht vorhanden gewesen war und die in weiten Kreisen der Juristen große Bedenken hervorrief. Das Freiburger Gericht erkannte dann auf Grund desselben Beweisverfahrens an der Hand der neuen Auslegung, daß die Proletaria durch ihre Thätigkeit auf den Kongress und durch die Verbindungen auf denselben sich der Teilnahme an einer Verbindung schuldig gemacht habe, zu deren Zwecken es gebore, den „Sozialdemokrat“ in Deutschland einzuführen und zu verbreiten. Daraufhin hat die Fraktion in der nächsten, deutlichen Weise ihre Beziehungen zu diesem Blatte abgedroht. Der Staatsanwalt in Eberfeld aber war nach dieser Richtung anderer Meinung. Seit einer Reihe von Jahren hat die dortige Staatsanwaltschaft die größten Anstrengungen gemacht, um einen Prozeß herbeizuführen, der nicht allein die Existenz einer lokalen Verbindung, sondern auch einer allgemeinen, über ganz Deutschland verbreiteten geheimen Verbindung unter Leitung der Reichstagsfraktion erweisen sollte. Dieser Prozeß hat nun stattgefunden, er hat nahezu sieben Wochen gedauert. In diesem Prozeße sind 400 Zeugen verhört worden; die Zahl der Angeklagten belief sich in den Vorurtheilen auf 300, später nur auf 128, und schließlich wurde die Anklage gegen 87 erhoben. Die allgemeine geheime Verbindung ist vom Gericht verneint, die lokale aber anerkannt worden, und auf Grund dessen ist eine ganze Reihe von Angeklagten, 48 von 87, als zugehörig zu der geheimen lokalen Verbindung zu längeren oder kürzeren Gefängnisstrafen verurtheilt worden. Das Charakteristische in diesem Prozeß wie in so vielen anderen ist das Unwesen der Gehrimpserei (sehr wahr! links), der Bestechung von Leuten, die bisher ehrlich waren, aber der Versuchung, größere Geldunterstützungen aus Polizeimitteln zu erhalten, nicht widerstehen konnten, sich erkaufen ließen und damit zu Veräthern wurden. Man darf mit vollem Rechte sagen, der Eberfelder Prozeß ist seit Jahren förmlich geächtet worden; die geheimen Agenten haben seit Jahren im Dienste der Polizei gehandelt und ihre Berichte erstattet, gewissenhaft kann ich nicht sagen, aber erstattet in der Art, wie Sie es bezweckten. Da hat sich denn auch einmal wieder das Wort bewahrheitet, welches Bismarck von Frankfurt a. M. schon 1858 an den Ministerpräsidenten von Mantuffel schrieb: „Die geheimen Polizeianten übertreiben ganz unverantwortlich, sie kommen naturgemäß zu Uebertreibungen, weil sie nicht als ethisch gelten wollen.“ Dieselben Wahrnehmungen haben wir wieder in Eberfeld machen müssen. Verschiedene Personen haben seit Jahren fortgesetzt der dortigen Polizei ihre Berichte erstattet über alle von ihnen wahrgenommenen Vorgänge, diese unverantwortlich aufgebauht oder auch direkt die Unmöglichkeit berichtet; aber damit nicht genug, sondern sie sind auch direkt provokatorisch aufgetreten, sie haben die Vorgänge erst veranlaßt, über die sie nachher berichteten. Als einer der so Entlarvten, ein gewisser Weber, vom Staatsanwalt und dem Reichsgerichtspräsidenten gedrängt wurde, die von ihm der Polizei gemachten Aussagen zu wiederholen, erwiderte er, er sei dazu außer Stande, er habe die Polizei belogen, theils habe er übertrieben, theils direkt Unwahres gesagt, sodas der Staatsanwalt sich zu dem Ausspruch veranlaßt sah: Herr Weber, Sie blamieren mit Ihrem Auftreten die Polizei in der ganzen Monarchie! Wenn man einmal auf derartige zweideutige Subjekte seine ganze amtliche Thätigkeit stützt, dann kommt man notwendig zu solchen Resultaten. Es ist hochcharakteristisch, daß dieses Schreiben der Polizeianten 5 bis 6 Jahre lang fortgesetzt wurde, dennoch aber die Polizeibeamten selber nicht eine einzige der von ihnen behaupteten Straftaten aus eigener Wahrnehmung zu konstatieren vermochten sich aber auch nicht für verpflichtet

gehalten hatten, auf Grund der ihnen hinterbrachten Denunziationen die Verleger des Gesetzes zur Verantwortung zu ziehen. Viele geheime Versammlungen des Exekutivkomitees wurden der Polizei vorher mitgeteilt, die Beamten thaten aber nichts, sie zu verhindern oder abzufassen. Wurden sie gefragt, warum sie diese ihre Pflicht nicht gethan hätten, so verweigerten sie die Auskunft. Aber vor Gericht wurde selbst eine Versammlung eines Leservereins, in welcher ein Roman gelesen wurde, als eine geheime hingestellt. Einem Gendarm wird mitgeteilt, daß ein bekannter Sozialdemokrat zu einer gewissen Zeit verbotene Schriften nach Elberfeld hineinbringen werde. Der Gendarm geht auch auf, als aber der Mann harmlos mit einem Paket unter dem Arm herankommt, geht der Gendarm nicht auf ihn, sondern läßt ihn ruhig laufen, ohne das Paket zu untersuchen. Vor Gericht gefragt, warum er das gethan hätte, sagt er aus, es sei ihm befohlen, die Dinge gehen zu lassen. Bei der ungeheuren Zahl von über 400 Zeugen im Elberfelder Prozeß kann man ohne Uebertreibung sagen, daß $\frac{1}{4}$ der Zeugen geladen waren, ohne auch nur im geringsten Belästigten auszusagen zu können. Der Prozeß soll 60 000 M. dem Staat gekostet haben, wohl möglich, denn viele Zeuge mußten Reisegeld erhalten, obwohl sie gar nichts bezeugen konnten. Der Polizeikommissar Rammschiff aus Elberfeld läßt förmliche Räuberzeugnisse auf, seine angeblichen Gewährsmänner wollte er aber nicht nennen. Ich wies ihm nach, daß seine ganze Erklärung über die geheime Organisation in Deutschland, an deren Spitze die Reichstagsfraktion stehen soll, Wort für Wort der Broschüre eines Polizeikommissars Krieter in Magdeburg entnommen war, der dieselbe angeblich nach amtlichen Quellen geschrieben hat. Rammschiff berief sich aber auf Mittheilungen seiner Vertrauensmänner. Der Zeuge Münnich wird vom Polizeikommissar Zielscher förmlich eingeführt, und dieser sagt, daß Münnich, der früher in Zürich gelebt habe, sein Vertrauensmann sei und am besten Mittheilungen über die geheime Organisation machen könne. Ich fragte den Kommissar: „Seit wann wissen Sie das?“ — „Seit einem Jahre.“ — „Also seit dem Düsseldorf-Prozeß?“ — „Ja.“ War also Zielscher schon damals mit der geheimen Organisation bekannt, so mußte er in dem Düsseldorf-Prozeß darüber Mittheilung machen. Von dem bekannten Röllinghoff stellte sich im Laufe der Verhandlung heraus, daß er im Dienste der Polizei steht, daß er nach Belgien gereist war, sich dort als Anarchist aufgespielt hatte und schließlich Elberfelder Arbeiter verleiten wollte, anarchische Flugblätter, die er selbst aus Belgien mitgebracht hatte, zu verbreiten. Bei dem Prozeß Reinsdorf wegen des Attentates am Niederwaldendental war auch ein gewisser Palm als Vertrauensperson der Polizei, der früher Sozialdemokrat war. Als Kaiser Wilhelm in der Rheinprovinz ein Manöver abhielt, las ich eines Tages, in der Nähe der Kaiserlichen Umgebung sei ein Anarchist Palm verhaftet worden. Das sollte also nach außen hin den Eindruck erwecken, als sei wieder ein Attentat geplant gewesen. Derselbe Palm, der sich in der Umgebung des Kaisers verhalten lassen mußte, ist jetzt königlich preussischer Beamter in einem Zuchthaus und seine Kinder sollen im Waisenhaus sein. Röllinghoff lebt angeblich von seiner Frau getrennt, er benutzt aber die Wohnung seiner Frau, um dort anarchische Literatur zu lagern, um von dort zu verbreiten. Röllinghoff hat fortgesetzt mit der Polizei in Verbindung gestanden. Einmal reiste er nach Wöhring, der Polizeimeister Jädel reißt ihm nach, um mit ihm zu sprechen, schwört aber vor Gericht, daß er mit Röllinghoff keinen Verkehr an dem bestimmten Abend gehabt hat, während drei andere Zeugen beidwärtig, sie beide mit einander verhandeln gesehen zu haben. In dem ganzen Elberfelder Prozeß hat die Anklagebehörde ein eigenthümliches Verfahren beobachtet. In den Akten steht ein gewisser Weber, aber ohne Vornamen und ohne Bezeichnung, ob er Angeklagter oder Zeuge ist, er fungirt überall als eine Person, gegen welche die schwersten Verdachtsgründe vorliegen, erscheint aber nicht auf der Anklagebank. Auf meine Frage wird gesagt, es sei Theodor Weber, wir aber behaupteten, es sei Julius Weber und beantragten seine Zeugenvernehmung. Erst verweigerte er das Zeugniß, und dann mit Hast bekräftigt, sagte er schließlich aus, er habe im Dienste der Polizei gestanden, die Polizei aber belogen, durch unwahre Berichte. Er wird also in den Akten als Angeklagter geführt, erscheint aber nicht auf der Anklagebank. Ich bin überzeugt, der Staatsanwalt wußte ganz genau, wer dieser Weber war und daß er im Dienste der Polizei stand. Alles dies charakterisirt, wohin wir unter dem Sozialistengesetz allmählig kommen. Ich habe schon 1878 erklärt, durch dieses Gesetz würde ein ungeheures Heer von Polizeibeamten nötig, um die geheime Thätigkeit der Sozialdemokratie zu überwachen, und das würde eine Demoralisation herbeiführen, die Deutschland nie gekannt hat. Das ist jetzt eingetreten. Jetzt wirft man Anarchismus und Sozialdemokratie zusammen, das scheint die Wahparole werden zu sollen. Seitdem man sieht, daß die Sozialdemokratie immer mehr Anklang findet, sucht man ein anderes Mittel, der Anarchismus soll der neue Wahlwau sein. Anarchisten und Sozialisten sollen ja dasselbe sein. Die Kreuzzeitung sucht das heute wissenschaftlich nachzuweisen, indem sie die treffliche Broschüre von Engels „Die Entwicklung des Sozialismus aus Utopien zur Wissenschaft“ zitiert. Daß wir den Anarchismus stets bekämpft haben, beweisen deutlich unsere Reden von dieser Stelle. Wenn heute in Deutschland der Anarchismus fast vollständig verschwunden ist, allen offiziellen Rundgebungen, auch denen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, zum Trost, so ist das einzig und allein unseren Bemühungen zu danken. Der Moskischen „Freiheit“, die einige Zeit hindurch ziemlich viel Abonnenten hatte, hat allein die königlich preussische Polizei auf die Beine gehalten. Unter allen Personen, die wir seit Bestehen des Sozialistengesetzes als Weheimpolizisten entlarvt haben, ist keine einzige, die sich nicht auch als Polizeibeamter in den Dienst des Anarchismus gestellt hat. Der erste war ein gewisser Neumann in Berlin, der mit Wissen der Polizei die „Freiheit“ verbreitete, der später das Vertrauen von Most gewann und als Expedient der „Freiheit“ nach London ging. Derselbe Neumann ist heute Polizeibeamter in Hannover; Herr von Bennigsen kann vielleicht nichts dafür. Eine ganze Reihe anderer Personen haben wir namhaft gemacht, wie Friedemann, Wolff, Weh. Letzterer wurde in der Schweiz arretrirt, als er Plakate anschlag, die die Mordthaten des Stellmachers verherrlichten; man fand Briefe bei ihm, die befundeten, daß er mit der preussischen Polizei in Verbindung stand, und er bekam schließlich von den schweizerischen Gerichten eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten; er war also ein anderer Weheimpolizist. Auch Kaufmann, der Intimus des Stellmachers, von dem wir glauben, daß er der Ueberbringer der Schandthaten in Stuttgart, Straßburg und Wien war, stand im Dienste der Polizei. Ebenso Friedemann, der den Refrain des Heine'schen Liedes „die beiden Scenariere“ perflüchte: „Mein Kaiser, mein Kaiser muß hängen“. Wolff in Altona, der auf unauferlegte Weise plötzlich im Gefängnis starb, hat im Dienste der Polizei Berichte für den Polizeikommissar Engel geschrieben, in denen wir beschimpft und verleumdete wurden, als verdädeten wir die zu Parteizwecken bestimmten Fonds. Soll ich noch an die Herren Schröder und Haupt, an die Ehrenberg und Röllinghoff erinnern? Wenn es bei diesen Umtrieben in Deutschland bisher ohne Gewaltthaten abgegangen ist, so haben Sie das uns zu danken. Derselbe Staatsanwalt in Elberfeld, der von fittlicher Entrüstung sprach, daß die Sozialdemokratie die Heiligkeit der Ehe und des Familienlebens untergrabe, hat nicht soviel Respekt vor dem Familienleben, daß er eine Ehefrau nach der anderen auf die Zeugenbank schleppen läßt, damit sie ihre Männer auszusagen und selbst einen achtjährigen Knaben gegen seinen Vater auszusagen zwingen will. Wenn solche Prozesse in Deutsch-

land unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes möglich sind, ist es da nicht an der Zeit, es aufzugeben! Sie haben das Gesetz verweigert, damit Ihnen die aufregenden Debatten, die bei einer Verlängerung des Gesetzes immer erforderlich werden, erspart bleiben. Es war das einer der Hauptgründe, die der Minister nicht allein in seiner letzten Rede, sondern auch in den Motiven der Regierung zum Ausdruck brachte. Die Regierung hat sich auch durchaus nicht konsequent benommen, denn während man früher das Gesetz immer auf 5 Jahre verlängern ließ kam plötzlich die Regierung mit dem Antrag an, es nur auf zwei Jahre zu bewilligen. Nachdem zweimal eine solche Verlängerung eingetreten ist, verlangt man jetzt eine Verewigung des Gesetzes. Wenn Sie die Debatten vermeiden wollen, ist es allerdings nothwendig, den Streit über den kleinen Belagerungszustand aus der Welt zu schaffen. Unzweifelhaft ist die Streichung des kleinen Belagerungszustandes eine wesentliche Konzeption an uns, die einer Reihe von Personen willkommen sein wird. Sachlich aber hat Niemand mehr als Sie selbst Ursache zu wünschen, daß dieser Paragraph gestrichen wird. Keine Bekämpfung des Gesetzes hat mehr dazu beigetragen, daß die Zahl unserer Anhänger größer geworden ist, als dieser Paragraph. Nach den furchtbaren Schlägen, die uns im Oktober 1878 trafen, haben gerade die aus Berlin, Hamburg, Leipzig Ausgewiesenen, die als Märtyrer ihrer Ueberzeugung nun in alle Theile Deutschlands kamen, dazu beigetragen, unsere Partei wieder zu festigen. Sie, deren Grimm am heftigsten war, haben sam eiskalten den Samen ausgestreut, der uns zum Heile jetzt aufgegangen ist. Die Prozeß des Ausweisungsparagraphen in Berlin hat schließlich bewiesen, daß der Paragraph überflüssig ist. Seit drei Jahren, also schon zur Zeit des Herrn von Puttkamer, ist in Berlin nicht nur Niemand ausgewiesen, sondern man hat sogar gestaltet, daß die anderswo Ausgewiesenen in Berlin Arbeit nehmen. Als hier bei einem meiner Parteigenossen bei einer Hausdurchsuchung verbotene Schriften gefunden wurden, sagte der betreffende Polizeikommissar zu ihm: „Lieber Herr R., jetzt wären Sie eigentlich reif für die Ausweisung, aber wir weihen jetzt keinen mehr aus, so dumm sind wir nicht mehr; denn ihr geht dann nur anders wohin, wo die Ueberwachung nicht so gut ist, wie in Berlin.“ Das ist allerdings auch ein Standpunkt. Nach den Zeitungen soll die sächsische und hamburgische Regierung die Nothwendigkeit der Ausweisung betont haben. Ich kann mir das nicht denken, denn die hamburgische Regierung hat jetzt zum ersten Male seit Jahren eine allgemeine Wählerversammlung gehalten. Die Hamburger haben mich bisher drei Mal gewählt, ohne mich zu kennen. Vor dem Sozialistengesetz haben wir Hamburg nicht erobern können. Unter dem Sozialistengesetz haben wir zwei Drittel der Stimmen erlangt; ich hoffe, in dieser Wahl erobern wir es ganz. Der Ausweisungsparagraph hat lediglich unsere Lungen geschont, die Zahl der sozialdemokratischen Wähler aber vermehrt. Wir werden vermuthlich im nächsten Reichstag so zahlreich erscheinen, daß wir es alle Mal in der Hand haben, beliebige Anträge zu stellen; und einer der wesentlichsten Anträge wird der sein auf Aufhebung des Sozialistengesetzes. Wir haben dabei Gelegenheit, die ganze Handhabung des Sozialistengesetzes zu kritisiren. Auf Grund der Geschäftsordnung haben Sie ja allerhand Mittelchen, uns zu hindern, aber das wird Ihnen nicht gelingen, dafür wird schon gesorgt werden. Den aufregenden Debatten entgehen Sie also in Zukunft nicht. Wir werden dafür sorgen — das wird unsere nächste Aufgabe sein — daß die Gegner des Sozialistengesetzes im nächsten Reichstage möglichst wenig vertreten sind, und die Zahl der sozialistischen Stimmen giebt uns die Macht, die gegenwärtige Majorität zu sprengen. Wir werden das erreichen.

Preussischer Minister des Innern Herrfurth. Die Behauptung des Vorredners, das Sozialistengesetz habe die Weheimpolizei geschichtet, ist eben so falsch als die Behauptung, das Sozialistengesetz habe den Anarchismus gezüchtet. Beide Behauptungen sind ebenso falsch wie die, das Strafgesetz züchte Verbrecher. Ich habe neulich schon hervorgehoben, daß das Gesetz sich nicht richte gegen die Sozialdemokratie als solche, sondern nur gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen. Nicht nur die sozialdemokratische Bewegung ist kraftlos, sondern auch ihre öffentliche Betätigung, so lange sie sich in den gesetzlichen Schranken hält. Wir sehen ja, daß eine Reihe von Zeitungen erscheint; täglich werden sozialdemokratische Versammlungen abgehalten, und sie haben in den Vereinen zur Erzielung volkshümlicher Wahlen ja auch Vereinsorganisationen, welche sozialdemokratische Ziele verfolgen. So lange diese Ziele in Wort und Schrift in gesetzlichen Grenzen erkräftet werden, findet das Gesetz keine Anwendung. Sobald die Bestrebungen aber auf den Umsturz gerichtet sind und in einer den Frieden störenden Weise zur Geltung kommen, tritt das Gesetz in Kraft. Wollen Sie vielleicht zugeben, daß alle Bestrebungen der Sozialdemokratie den Keim des Umsturzes in sich tragen? Wenn Herr Wedel die Sozialdemokraten mit der lernäischen Schlange vergleichen hat, der an Stelle das abgeschlossenen Kopfes zwei neue nachwachsen, so hat er damit wohl nicht auf die Art und Weise hinweisen wollen, wie Herkules mit dieser Schlange fertig wurde. (Heiterkeit.) Ignis sanatur! (Feuer heilt! Red.) (Bravo!) Was den Elberfelder Prozeß betrifft, so würde ich mich nicht auf die Seite der Ankläger oder der Angeklagten, sondern auf die des Richters stellen, der nach seinem pflichtmäßigen Ermessen entschieden hat. Gegen das Urtheil ist Revision eingelegt, und insofern stehen wir einem rechtskräftigen Urtheil noch nicht gegenüber. Indes sind doch die Gründe des Urtheils in öffentlicher Sitzung verkündet worden. In diesen Gründen ist ausdrücklich konstatirt worden, daß die Beschuldigungen gegen die Polizeibeamten vollständig in Nichts versanken, daß die Bestrebungen der Verurtheilten darauf gerichtet waren, Staat und Gesellschaft zu untergraben, daß für das Vorhandensein einer allgemeinen Verbindung schwere Verdachtsmomente vorliegen, daß jedoch der Beweis dafür nicht direkt erbracht werden konnte. Dieses Urtheil erinnert doch an jenen Richter, welcher dem Angeklagten die Freisprechung mit den Worten verkündigte: wir nehmen an, Du hast nicht geflohen, aber nicht wieder! (Heiterkeit.) Wehreich ist der Prozeß zunächst auch für die mit der Ueberwachung der Sozialdemokratie beauftragten Behörden. Er zeigt von Neuem, wie dringlich es erforderlich ist, die höchste Vorsicht walten zu lassen bei der Benutzung der Aussagen solcher Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, welche sich bereit finden lassen, und zwar in der Regel selbst dazu erboten, die Geheimnisse ihrer Parteigenossen preis zu geben, sobald sie davon persönliche Vortheile erwarten. Daß derartige Personen, die geneigt sind, weniger und leider auch mehr zu sagen, als sie wissen, nicht als Vertrauenspersonen benutzt werden können, ist klar. Manche ihrer Aussagen bedarf einer genauen Kontrolierung, bevor man weiter darauf bauen kann, umso mehr, als diese Personen geneigt sind, ihr Geschütz nach beiden Seiten fortzuführen. So lange aber die Behörden verpflichtet sind, den geheimen Bestrebungen nachzugehen, können sie derartige Personen leider nicht entbehren. Aber der Elberfelder Sozialisteprozeß giebt noch andere Lehren. Er zeigt uns zunächst, daß, wenn hier in diesem Hause die sozialdemokratischen Führer immer betonen, daß sie nur mit legalen Waffen den Sieg für die Sozialdemokratie zu erringen suchen, die Massen sich an diese Lehre nicht halten. Sie sehen die Rücksicht ihres Handelns nicht in dem mit einem gewissen wissenschaftlichen Anstrich versehenen und gemäßigten Lehren der Führer, sondern in den Lehren des Londoner „Sozialdemokrat“, dessen Einschmugglung und Verbreitung geradezu als Sport der Sozialdemokratie bezeichnet werden kann. Ich konstatiren, daß fast in jeder Nummer dieses Blattes Strafthaten enthalten sind, welche unter das gemeine Recht fallen, Aufforderungen zu Strafthaten und Majestätsbeleidigungen, die arabezu als eine Spezialität ausgebildet sind. In jeder Nummer

sind Bestrebungen enthalten, welche auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtet sind, welche den Klassenkampf und den Klassenhaß zum Zweck haben. Das Blatt ist überaus geschickt redigirt und die Bestrebungen ausgeblieben ist, haben wir in dem Elberfelder Prozeß gesehen. Da hat sich gezeigt, daß die Theorie von der Bedeutung Reineids allerdings in die Praxis zu übertragen worden ist. Der Abgeordnete Wedel hat wieder vor einer geringen Zahl von sozialdemokratischen Abgeordneten die Vertreter der arbeitenden Massen hinzustellen. Das ist eine Behauptung, der ich widersprechen muß. Es hat Vertreter des deutschen Volkes und insofern auch Vertreter Arbeiter, aber nicht mehr und nicht mit besserem Recht, als jeder der anderen 188 Abgeordneten. Selbst in dem Hause, in welchem Sie das Wort Arbeiter gebrauchten, ist es richtig, indem sie es gleichstellen mit Handarbeitern, Fabrikarbeitern, daß die Vertretung der Arbeiter durch jede andere Partei hat ebenso viel wenn nicht mehr in ihren Reihen; wenn auch die Sozialdemokratie in der Zahl aus Arbeitern bestehen mag, so gehört die Vertretung Arbeiter keineswegs zur Sozialdemokratie. (Abg. Wedel: Ich weiß nicht.) Wenn behauptet wird, daß jeder selbstständig denkende Arbeiter der Sozialdemokratie angehört, mag diese Behauptung für die nichtsozialdemokratischen Parteien ihre Erklärung in dem Uebermaße des Selbstbewußtseins finden, welches sich in der Behauptung ausdrückt. Wenn allen Denen, welche in der Produktion, auch in geistiger Schöpfung, thätig sind, den Ehrennamen Arbeiter gegeben zu find auch in diesem Sinne die Sozialdemokratie, Vertreter der Arbeiter. Eigenhümlich ist es doch, daß ein Arbeiter wird, der sich nur zu ihrer Partei bekennt. Jeder Rechtsanwalt, der sich ihnen zuwendet, muß den berufenen Vertreter der Arbeiter. (Sehr richtig!) Wenn selbstbewußten Arbeiter vertreten Sie, sondern die arbeitenden und vererbenden Elemente aller Stände. (Sehr richtig!) Das beweist die Beziehung der Sozialdemokratie zu den Arbeitern keineswegs ist jeder Streik sozialdemokratisch, aber er möge einen Ursprung haben, welchen er will, der Sympathie der Sozialdemokratie ist er jedenfalls sicher. Unrechtmäßig, unethisch und erfolglos ist ein Streik, der höher ist die Sympathie, denn dann wird ja die Unzufriedenheit in höherem Maße gesteigert. Jede Streikbewegung, die nicht auf dem Boden der sozialdemokratischen Organisationen geheißt. Sie sind nicht Vertreter der deutschen Arbeiter, sondern höchstens desjenigen Theils der deutschen Arbeiter, die nicht arbeiten will. (Bravo rechts.)

Abg. Prinz zu Carolath-Schönau (Reichsp.). Ich bin unmöglich meine Aufgabe bei der gegenwärtigen Lage und Stimmung des hohen Hauses sein, die Frage zu stellen, ob das Sozialistengesetz nothig oder nicht, sind die Bestrebungen des Sozialistengesetzes bisher günstige oder ungünstige gewesen: ich bin bereit, den verbündeten Regierungen die Mittel zu bewilligen, deren sie zu bedürfen glauben, die Verantwortung zu tragen für das, was ihnen anvertraut ist, mit Ausnahme der Bestimmung über die Ausweisungsparagraphen. Ich werde mir erlauben, darauf noch zurückzukommen, wenn mir zuerst Veranlassung zu den Ausführungen giebt, die mir gestern Abend zugegangene stenographische Niederschrift vom 22. Januar, und zwar die Rede des Herrn Abg. Dieß. In dieser Rede finde ich folgenden Passus: „Es würde einem Herrn Jensen, einem Manne, der nicht der sozialistischen Partei angehört, ein Fachorgan der Schneider gegeben. Dieses Blatt brachte ein kleines Gebicht, in welchem ein Arbeiter verberichtet wird, der mit Aufhebung seines eigenen Lebens einen Eisenbahnzug rettete. Dieses Gebicht sollte einen Inhalt haben, der befürchten läßt, daß dessen in Hamburg die Gesellschaften gegenständig werden. Der Senator Dr. Dahmann verbot auf Grund des Gebichts das Blatt, aber er verbot es nicht, er ließ den Verleger kommen und brüllte ihm entgegen Sie Ihren Genossen, wenn sie so fort machen werde ich mit dem Kolben darein schlagen lassen. Und wies der Herr Senator Dr. Dahmann den Redakteur, den armen Schneider, der nicht einmal so viel hatte, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, auch noch aus. Nun liegt es nicht zu einem Zweifel in die Ausführungen des Herrn Dieß, die ich hier zu lesen; aber ich halte mich für verpflichtet diesen Fall hier nochmals zur Sprache zu bringen, um die Vertreter der freien Reichs- und Hansestädte Selbsteinsicht zu geben, auch seinerseits sich zu diesem Falle zu äußern. Ich bin der Ansicht, daß so etwas nicht unumwiderprochen in der Öffentlichkeit ausgehen darf, weil nach den Darstellungen des Herrn Abg. Dieß das Unrecht entschieden auf Seiten der hiesigen Behörden liegt. Sie werden doch Alle mit mir einverstanden sein, daß die wackere That eines braven Mannes Anerkennung finden müsse, ganz unbedingtem, in der politischen und religiösen Richtung er angehöre, glaube, darin wird der Reichstag meine Ansicht theilen. Wenn es hier den Anschein gemacht, ob in Hamburg anders verfahren würde, so ist es, ich ist die unabwiesliche Pflicht des Vertreters von Hamburg, hier vor dem Reichstage die Unrichtigkeit der Urtheile des Herrn Abg. Dieß zu zulegen. Ein anderer Grund, der sich in der Rede des Herrn Abg. Dieß befindet, ist, daß ich mir weit verpflich ist, — giebt mir die Veranlassung, darauf zurückzukommen. Ich sage: es ist sehr peinlich, und wird dem Hause ebenfalls in so weit peinlich sein. Nachdem diese Angelegenheit aber hier verhandelt ist, halte ich es für die Pflicht eines Abgeordneten, die leicht fesse ich diese Pflicht zu weit auf — noch bevor sie zurück zu kommen. Der Herr Abgeordnete sagte: „In der Verlage, wo die Herwegh'schen Gebichte und die Bücher erschienen sind, welche von dem Reichstag resp. von irgend einer Polizeibehörde sofort verboten werden — als Grund angeführt, daß diese Vorwurfs ungerichtet ist und daß man in Deutschland nicht ausliest, sondern nach gleichem Rechte grübelte Verdächtigungen gegen ihre großbritannische Majestät in Deutschland gebildet und verbreitet werden. Ich ferner nicht glauben, daß mit diesem von mir angeführten Passus auf eine andere hochstehende Frau hat gehandelt, die aber seit dreißig Jahren Freud und Leid der deutschen Volks getheilt hat. Sollte dies der Fall sein, dann würde das Einschreiten der Staatsanwaltschaft geboten sein. Ich erlaube mir, zu dem Gesetze folgenden zu bemerken. Ich habe in diesen Tagen Zeitung, die sich mit einem autoritativen Schimmer

und die wohl a
beur und Reich
denen Teil me
kann, ebenso
diese Wählmu
berer oder Be
wora liegt die
knie gewiß in
welche für den
und Wege da
weise die Gf
bin der Ansicht
Simpftrage der
die sich voll
Schüler gegen
war, uns die
Wahl doch au
auswärtigen
die Verwändel
die Ausweisung
hangelegt wor
bestalt, we
schmen, in
ist vollkommen
ganzem in di
ausdrücken dar
wird keiner dar
vollkommen der
Wahl, was dan
halten ist. Ich
kannst bin, de
toren geschaff
leben, haben w
halt ausgeführ
aus Gewerbe.
ist, sie müssen
Sozialdemokra
Sanktionen zu
die eine voll
wie wiederhol
Richtiges gel
die man rubi
manerits viel
würden waren.
dies wohl a
das man kein
man ein solch
wollt, kann
paragrafen n
Ich glaube, d
verbündeten R
Verhandlung
sich. Aber
ernd anover
welche Interp
werden wird
religionswe
selbst müßte
kennt, und
dieser, welche
legen zu soll
Daher zu ber
politischen, i
Bewegung ge
gehen oder n
ne Ziele t
Ich wünsche,
kündeten sich
Mittel find, d
das — ein
wurde, und l
schickt. Der
gleich zu hab
und so lagen
nicht zu ih
Daher ein
Verhältnisse
Ziel Unklar
Zustellungen
sich hinter d
wachen; s
wären; ich
halten, eine
was, als all
wären die
Sozialdem
Wahlen des
Deutschland
einer Zeit d
hieses Proze
Wahl seine
Bücher. Y
Häufige R
Gare in d
wird und
Schlichte
Quart.)
Bundest
Daher hat
ich halte all
Begriffe von
mann ein
ant in der
erhält. D
gerade wo
sich nicht
nach die B
haben sein
nicht. Zeitu
ausführen
Kommission
Abg. J
vorigen R
Rede so: i
Sozialist
gelegten
Wald gefan
jede andere
der Polze
Sozialbe
Sozialbe
tem Soy
und der
erzählbar
Wahlen,
andrückt
Daher ber
Lohn hat,
Schleudere
Wegener
Recht abh
find Berlin
und. Ge
find das
weshin
Stimmvie
ausgelöst

und die wohl auch da zu berechnen ist, das Wort gelesen: „Förderer und Beschützer der Sozialdemokratie.“ Ich möchte nun den Teil meiner politischen Freunde, der gegen den § 24 stimmt, ebenso wie mich, gegen den Vorwurf vernehmen, daß diese Abstimmung dahin ausgelegt werden könne, man sei Förderer oder Beschützer der sozialdemokratischen Bestrebungen. Und liegt die Bestätigung, die Bestätigung der Sozialdemokratie gewiß ebenso sehr am Herzen, wie denjenigen Herren, welche für den § 24 stimmen, nur sind wir über die Mittel und Wege dazu anderer Ansicht. Ich verkenne in keiner Weise die Gefahr der sozialdemokratischen Bewegungen und die Gefahr der Zukunft sein wird, die uns beschäftigen wird. Sie sind vollkommen bereit, mit der Regierung Schulter an Schulter gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, und ich bitte nur, uns die Freiheit zu lassen, daß wir in der Wahl der Mittel doch auch einmal andere Meinungen haben dürfen wie die verbündeten Regierungen. (Hört! Hört!) Ich bin gegen die Ausweisungsbefugnis — die Gründe sind hier schon so oft dargelegt worden, daß ich mich ganz kurz fassen darf — einmal deshalb, weil die betreffenden Ausgewiesenen aus den großen Städten, in denen eine Polizeigewalt besteht, welche die Aufsicht vollkommen erleichtert und möglich macht, nun aus den Dörfern in die Provinz kommen und, wenn ich mich so ausdrücken darf, die nicht insulierten Gegenden anstreifen und dort keiner Kontrolle unterliegen, denn die kleinen Polizeiverordnungen der kleinen Orte haben nicht die Nachmittel und Mittel, was damit zusammenhängt, was in großen Städten gegeben ist. Ich bin ferner gegen die Ausweisung, weil ich der Ansicht bin, daß dadurch eigentlich erst gewerbsmäßige Agitationen geschaffen werden. Die Leute, die in den großen Städten leben, haben meistens ihr Gewerbe nebenbei. Es ist nicht auszuföhren worden: indem man sie ausweist, verlieren sie das Gewerbe, welches die Basis ihrer ganzen Familieneristenz ist. Sie müssen sich nun voll und ganz in den Dienst der Sozialdemokratie stellen, um ihr Leben und das Leben ihrer Familien zu erhalten. Ich halte deshalb die Maßregel für eine vollkommen verfehlte. Ich bin ferner der Ansicht, daß wiederholt die Organe des Staats der Sozialdemokratie Schaden geleistet haben, indem man Leute ausgewiesen hat, die man ruhig hätte lassen sollen, wo sie waren, und welche unendlich viel größeren Schaden anrichteten als dort, wo sie hätte waren. Ferner meine ich — und da werde ich allerdings wohl auf Widerstand bei vielen der Herren stoßen — daß man keinen Deutschen vaterlandlos machen soll. Wenn man ein solches Gesetz wie das vorliegende auf die Dauer bewirkt, dann ist es doch ganz unmöglich, einen Ausweisungsbefugnis wie diesen gleichfalls für die Dauer zu bewilligen. Ich glaube, viele von uns würden gewissen Herren von den verbündeten Regierungen, von deren lebenswichtigen Geschäftshandlungen sich jeder überzeugt hat, diese Befugnis gern einräumen. Aber wissen wir denn, welchen Händen dieser Paragraph anvertraut sein wird? (Sehr richtig!) Wissen wir, welche Interpretation dem § 1 des Gesetzes einmal gegeben werden wird? Wir haben in der Kommission Interpellationsversuche gemacht. Aber man hat davon Abstand nehmen müssen, weil man diese Bestimmungen nicht spezialisieren konnte, und da werden Sie es Denjenigen nicht verargen können, welche mit einer solchen ungewissen Zukunft es sich verweigern zu sollen glauben, einen solchen Paragraphen auf die Dauer zu bewilligen. Auf der einen Seite hat man nur die Polizeigewalt, auf der andern nur die geistigen Mittel gegen die Bewegung gelten lassen wollen. Ich meine, nur mit Polizeigewalt oder nur mit geistigen Mitteln wird man gewiß nicht zum Ziele kommen. Ich wünsche eine Verbindung beider. Ich wünsche, daß mit diesen großen Mitteln — und die verbündeten Regierungen werden mir zugeben, daß es große Mittel sind, wie sie weder in Oesterreich und Italien zur Hand sind — ein Kampf und zwar mit geistigen Waffen geführt werde, und dieser Kampf wird meiner Ansicht nach sehr unterliegen. Der Deutsche ist gewohnt, wenn er glaubt ein Polizeigewalt zu haben, sich die Nachtmütze über die Ohren zu ziehen und zu sagen: Die Polizei wacht und sorgt für mich, ich brauche nichts zu thun. (Sehr gut! links.) Ich wünsche, daß der Deutsche eintritt in die sozialdemokratische Bewegung, in die Versammlungen geht, und daß er das Fehlerhafte und zum Teil Unsinnige der Sozialdemokratie klar legt und sich in Diskussionen einläßt. (Bewegung rechts.) Bezieht es es ja, ich hinter der Polizei zu verstecken und sagen: die soll es machen; schwer ist der von mir angegebene Weg. Aber ich bin immer noch der Meinung, daß eine freie Diskussion, eine Widerlegung der Sozialdemokratie viel mehr nützen würde, als alle polizeilichen Mittel. Die ideale Seite der Frage wollen Sie bei der Sache nicht verkennen. Es sind bei den Sozialdemokraten unzählige Verführte und unzählige Idealisten. Warten Sie mir an dieser Stelle auszusprechen, wir sind in Deutschland im Begriff, das Ideale zu verlieren, wir leben in einer Zeit des Materialismus und des Streberthums. (Lebhaft Bravo links, große Unruhe rechts.) Geben Sie dem Volke seine Ideale! Herr v. Bötticher hat gesagt: Viebel die Arbeiter. Ja, meine Herren, habet die Brüder lieb, übt werthvolle Rücksicht, übt Barmherzigkeit, thut das Beste in den Kreisen, in die Gott Euch hingestellt hat und wirt auf Erhaltung der Ideale im Volk. Das wird auch ein Stück Sozialpolitik sein, und nicht das schäblichste. (Lebhafter Beifall auf verschiedenen Seiten des Saales.)

Bundesvollmächtigter für Hamburg Flugmann: Herr Dieck hat sich über die Handhabung des § 11 beschwert, und ich habe allerdings geglaubt, daß man auf die drei dieser Gesetzgebung vorübergehenden persönlichen Angriffe auf Herrn Flugmann kein Gewicht legen würde. Auch hatte der Herr Präsident in der vorigen Sitzung dem Redner dafür eine Rüge geschickt. Da diese Dinge aber wieder von anderer Seite vorgebracht worden sind, so muß ich darauf eingehen. Herr Dieck hat sich nicht nur auf persönliche Angriffe beschränkt, sondern auch die Polizeibefugnisse als solche angegriffen und sich beschwert, daß das Gesetz rechtswidrig angewendet sei. Das soll geprüft sein beim Verbot der von ihm herausgegebenen „Gewerkschaftszeitung“ und „Bürger-Zeitung“, aber er hat unterlassen anzuführen, daß auf die erhobenen Beschwerden die Reichskommission das Verbot lediglich beseitigt hat.

Herr v. Bötticher (die große Unruhe, welche schon bei der vorigen Rede im Hause geherrscht hat, dauert auch bei dieser Rede fort): Der Minister Herrfurth ist auf den Eidersfelder Sozialistenprozeß eingegangen. Was hat man denn den Angeklagten vorgeworfen? Sie haben für ihre Parteigenossen Geld gesammelt, sie haben Parteiführer verbeizet, Dinge, die jede andere Partei auch thut. Sie haben sich ohne Erlaubnis der Polizei versammelt, das ist ihr ganzes Verbrechen. Im „Sozialdemokrat“ sollen entzückende Dinge stehen. Der „Sozialdemokrat“ ist ein Leben gerufen? Ohne Sozialistengesetz auf dem „Sozialdemokrat“? Geben Sie das Sozialistengesetz auf und der „Sozialdemokrat“ löst sich auf. Daß meine Partei verächtlich ist, sich vor dem Druck im Innern nach außen zu richten, daß überhaupt eine unterdrückte Partei sich bestiger ausdrückt als eine freie, liegt in der Natur der Dinge. Daß der Anarchismus mit der Sozialdemokratie etwas zu schaffen hat, glauben die Herren wohl selber nicht. Vielmehr begnügt ich diesen Vorwurf auf Sie (rechts) zurück. Wir sind Recht abspreschen, uns Vertreter der Arbeiter zu nennen. Wir sind Vertreter der Arbeiter, weil wir von Arbeitern gewählt sind. Gewiß sind auch Sie von Arbeitern gewählt, aber was mußten Sie gekommen sind. Ihre Arbeiter lassen sich noch als Angeklagten an die Wahlurne bringen, aber die Arbeiter der angeklagten Städte, wie Berlin, Hamburg, Leipzig, haben mit

Ihnen nichts zu thun. Diese bekämpfen Sie, und wir vertreten Sie, und Ihre Schaar wird von Jahr zu Jahr größer, am 20. Febr. werden wir Ihnen hoffentlich mit 14 Millionen Stimmen gegenüber stehen. Herr Herrfurth erklärt uns als die Vertreter der Arbeiter, die nicht arbeiten wollen. Wenn wir in Verlegenheit wegen einer Wahlparole wären, dieses Wort würde mehr ziehen, als Ihre Wahlparole der Bekämpfung der Sozialdemokratie, die ein lendenlahmes Ding ist. Die Regierung zärtelt also die Arbeiter für Dummler und arbeitscheue Subjekte, nun, wir werden es ihnen sagen. Herr Herrfurth mag sich erst über die Natur der Arbeit erkundigen. Ohne Arbeit ist Arbeit überhaupt nicht möglich, nur die Maschine arbeitet ohne Geist. Auch der Arbeiter hat seinen Geist. Herr Herrfurth, Sie werden doch nicht fertig mit der Sozialdemokratie, denn diese ist kein Reptil. Sie sind nicht der Hercules, der mit uns fertig wird, im Gegenteil wir werden mit diesem Hercules fertig werden. Sie meinen das geistige Moment sei bei uns nicht vorhanden, sehen Sie aber die Jugend der Bourgeoisie an, wie sie sich vergnügt, und daneben, wie die Arbeiter sich in ihren Versammlungen mit ihren Arbeitsverhältnissen und mit Wissenschaft beschäftigen. In der studierenden Jugend, die auf die Arbeiter von oben herabschauen zu können glaubt, finden Sie den trassiesten Materialismus, ein Streberthum der schlimmsten Art und eine Rohheit, wie wir sie seit dem dreißigjährigen Kriege nicht gesehen haben. Wenn Deutschland noch ideal bleiben kann, so verdanken Sie das allein der Sozialdemokratie, die die Kultur retten wird, welche Sie bekämpfen. Den Reireid hat der „Sozialdemokrat“ nicht vertheidigt, sondern nur den erzwungenen Entschuldig. Auch nach den Motiven des Strafgesetzbuches soll Niemandem ein Eid auferlegt werden, wenn er in einer Zwangslage ist. Herr Herrfurth hat abermals die alte Mär aufgestellt, daß die Sozialdemokratie die Unzufriedenheit schüre und Streits erzeuge. Gerade wir sind überall den Streits entgegengetreten, und ein Kollege aus dem Reichstage, dessen Namen ich nicht nennen will, hat mir in einem Hause zugegeben, daß es den Sozialdemokraten zu danken sei, daß der Streit vermieden wurde. Im „Berliner Volksblatt“ hat unsere Fraktion die Erklärung veröffentlicht, daß wir die Streits verwerfen und daß wir Zustände zu verhindern suchen, die dazu führen, daß die Plinte schießt und der Säbel hant. Das ist die Wahrheit; was Herr Herrfurth sagt, ist nicht wahr. Das neue Gesetz ohne die Ausweisung ist gerade so schlecht als das frühere. Die Ausweisung hat niemals eine politische Bedeutung gehabt; Niemand hat unter der Ausweisung mehr gelitten als ich und ich habe sie nur als ein Kampfmittel meiner Feinde betrachtet, um mich zu schützen oder mich zu ruinieren. (Abg. Singer: Sehr richtig!) Daß jetzt auf ewige Zeit der Regierung ein Karbel bewilligt wird, das sollte verdeckt werden durch die Aufhebung des Ausweisungsparagraphen, der nur ein Exekutivgesetz, aber kein politisches Rechtsmittel ist. Das neue Gesetz wird auch nicht besser gehandhabt werden als das alte, wo Willkür ist, sind die Bestimmungen dieselben? In Ihre Protuberanz keine gemeingefährliche Bestrebung? Herr Herrfurth hat bereits Fortschritte gemacht, in der ersten Lesung sprach er ruhig und objektiv, vorgetreten war er schon vollkommen Herr v. Püttlamer, der das rothe Gespenst Ihnen zeigte, Ihnen sagte: es handelt sich um Ihre Gefahr, tua res agitur. Das rothe Gespenst wird jetzt als Lösung ausgegeben. Die Berichte über den Bergwerksstreik werden merkwürdig ausgefaßt. Sie haben nur ein negatives Programm gegen die Sozialdemokratie. Das ist der geistige Bankrott; Sie haben nichts weiter mit Ihrem Programm erreicht als Protuberanz und Rechtslosigkeit. Wir aber haben ein positives Programm, wir verschleiern auch nicht unsere Ziele. Das thun Sie viel mehr, denn Sie sagen dem Volke nicht, daß Sie die Protuberanz heilen wollen. In Paris war die Sozialdemokratie der ganzen Welt vereint; ein paar anarchistische Querköpfe wurden vor die Thür geschleudert. Es wurde über die letzten Ziele der Partei, die Arbeitergesetzgebung, Abschaffung der stehenden Heere und Bekämpfung der Gewalttheorie verhandelt, aber nicht Nord und Todtschlag proklamiert. Wenn dies eingefallen wäre, wäre als halb verrückt fortgewiesen worden. Der Anarchismus soll eine Weltanschauung sein, ich habe aber weder in Deutschland, noch in Frankreich, noch selbst in Amerika eine anarchistische Partei gefunden. Ein paar Schreier sind keine Partei; jemand, der mit blutdürstigen Redensarten um sich wirft, ist einfach ein ganz harmloser Mensch. Schaffen Sie sich nur stärkere Nerven an. Sie sind ja sonst keine Haisfüße. Furcht ist das Thörichte in der Politik. Eine Theorie darf sich jeder machen; schlimmer als die Schnapstheorie des Herrn v. Kardoff wäre die anarchistische Theorie auch nicht. Sie verfolgen ja auch Gewalttheorie. Würde die anarchistische Theorie in die Praxis überführt, so hätten Sie noch andere Mittel dagegen ohne das Sozialistengesetz. Sie wollen Gesellschaft und Staat schaffen. Wenn Staat und Gesellschaft Ihres Schutzes bedürften, so sind Sie nicht werth, zu bestehen. Zum Staat und zur Gesellschaft gehören wir ebenso gut, wie die Sozialdemokraten. Ja, dieselben sind tausendmal nützlichere Glieder des Staates als Die, welche dieselben aus der Gesellschaft hinauswerfen wollen. Von Staatswegen will man die soziale Frage lösen. Gut. Aber bezüglich der Bergwerksverhältnisse stellt man sich jetzt auf rein mandatsrechtlichem Standpunkt. Im vorigen Mai hörten wir viel vom sozialen Königthum, das das Königthum der Armut sein werde, hauptsächlich den Kampf des Mandatsrecht, aber Ihr Polizeimandatsrecht ist mir tausendmal verhasster, als das demokratische der bürgerlichen Parteien. Am 20. Februar werden die Wähler sprechen; es wird Ihnen nicht gelingen die Sozialdemokratie zu unterwerfen, weil sie gewisse ewige Faktoren vertritt. Sie läßt sich auf Wissenschaft und zugleich Religion, wenn auch nicht in dogmatischem Sinn. Aber, was den Menschen begeistert, ihn erhebt und keine Gefahr fürchten läßt, ist Religion für die Massen des arbeitenden Volkes. Dafür treten wir fröhlich in den Wahlkampf ein. Wenn es Ihnen auch gelingt, das rothe Gespenst anzumalen, wenn es Ihnen selbst gelingen sollte, die Plinte schießen und den Säbel hant zu machen, wir werden unentwegt für unsere Ziele kämpfen. Gelingt es Ihnen wieder, die Bourgeoisie ins Hochhorn zu jagen, es schadet nichts, wir sagen: „Viel Feind, viel Ehr!“ Sie haben Angst vor uns, wir haben keine vor Ihnen, wir fürchten nichts und Niemand auf der Erde, am 20. Februar treffen wir uns an der Wahlurne, und einige Wochen nachher werden wir uns hier wiedersehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Prinz zu Carolath-Schönau (Reichsp.): Ich habe nur meine eigene Meinung vertreten und nicht Namens meiner Fraktion gesprochen.

Abg. Aulemann (not.): Die große Gährung in unserem sozialen Leben, welche sich im letzten unseres Jahrhunderts vollzieht, soll nicht unterdrückt werden; wir wollen nur dafür sorgen, daß das Staatsgefäß durch diese Gährung nicht gewaltsam auseinander gesprengt wird. Es ist Pflicht der staats-erhaltenden Parteien, das Staatsgefäß voll und ganz unseren Nachfolgern zu überliefern.

Abg. Richter (Hr.): Ich möchte nochmals erklären, daß ich meine früheren Ausführungen bezüglich der Angriffe bei Handhabung des Sozialistengesetzes in Baden vollständig aufrecht erhalte. Ich höre soeben, daß das Gesetz mit Hilfe der konservativen abgelehnt werden wird. Nun, bei den Wahlen wird eine Entscheidung getroffen werden, wie sie der Würde und Ehre des deutschen Volkes entspricht.

Damit schließt die Generaldiskussion.

Abg. Dieck-Hamburg (persönlich) konstatirt, daß der Bundesvollmächtigter Herr Flugmann seine (des Redners) Behauptungen vom vorigen Donnerstag nicht widerlegt, ins-

besondere die Punkte, die der Abg. Prinz Carolath vorgetragen, nicht berührt habe.

Die einzelnen Artikel werden in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Die Gesammtabstimmung über das Gesetz ist eine namentliche.

Es stimmen 169 Abgeordneten gegen, 98 für das Gesetz, dasselbe ist demnach abgelehnt. (Das bestehende Sozialistengesetz läuft bekanntlich bis Ende Oktober dieses Jahres. Red.)

Dafür stimmen geschlossen die Reichspartei und die Nationalliberalen, mit Ausnahme des Abg. Sedlmayr; dagegen Deutschkonservative, Zentrum, Polen, Freisinnige und Sozialdemokraten.

Staatssekretär v. Pötticher: Ich habe dem Hause eine Allerhöchste Kaiserliche Botschaft zu verkünden. (Die Mitglieder des Hauses erheben sich.) Die Botschaft lautet:

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser und König von Preußen thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß die beabsichtigten, gemäß Art. 12 der Verfassungsurkunde die gegenwärtige Sitzung am 25. d. Mts. Namens der verbündeten Regierungen zu schließen. Wir fordern demnach den Reichstag auf, zu diesem Zwecke an dem gedachten Tage um 6 Uhr Abends im weißen Saale Unseres Residenzschlosses zusammenzutreten.

Gegeben in... gez. Wilhelm.

Ich habe die Ehre, dem Herrn Präsidenten das Original dieser Botschaft zu überreichen.

Der Präsident giebt die übliche Geschäftsübersicht. Das Haus dankt ihm für seine Leitung. Schluß 3 Uhr.

Die angekündigte Thronrede lautet:

Sehrere Herren!

Sie stehen am Schluß der siedenten Legislaturperiode des Reichstages.

Die verfloffenen drei Jahre bilden in der Entwicklung des Reiches einen Abschnitt von so hervorragender Bedeutung, daß es Mir Hergensbedürfnis ist, von dieser Stelle aus in Erinnerung zu bringen, zu welchen Ergebnissen für das Vaterland Ihre und der verbündeten Regierungen gemeinsame Thätigkeit geführt hat.

Durch den Hintritt Meines Hochseligen Großvaters und Vaters, der beiden ersten deutschen Kaiser gekrönten Andenkens, ist das Reich schwer betroffen worden, aber erhaben hat sich bei diesem Anlaß die Treue und der starke monarchische Sinn des Volkes kund gegeben.

Vor Ihnen, als den berufenen Vertretern des Volkes, ist dafür noch einmal mein kaiserlicher Dank ausgesprochen.

Wenn die Veränderungen, welche in schneller Folge sich an den Heimgang der Kaiser Wilhelm und Friedrich knüpfen, in Frieden sich vollziehen haben, so gebührt die Anerkennung dafür auch dem Reichstage, dessen einsichtige Vaterlandsliebe bereitwillig mitgewirkt hat, um unsere Wehrkraft zu stärken und dauernd sicher zu stellen. Sie haben, geehrte Herren, durch Ihre Beschlüsse dazu beigetragen, dem Reich die Weltstellung zu gewährleisten, vermöge deren es zur Erfüllung der Aufgabe befähigt wird mit dem ihm im Rathe der Völker gebührenden Gewichte für die Güter des Friedens und der Gerechtigkeit erfolgreich einzutreten.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Gesetzgebung durch Ihre Mitwirkung wesentlich gefördert worden. Insbesondere gereicht es Mir zur Genugthuung, daß durch die Erweiterung der den Innungen zugehörenden Befugnisse dem Handwerkerstande die Möglichkeit erleichtert worden ist, seine Widerstandskraft und sein wirtschaftliches Gedeihen durch den Zusammenschluß zu gemeinsamer Thätigkeit kräftiger als bisher zu fördern.

Mit besonderer Befriedigung habe Ich die fortschreitende Durchführung der in der Botschaft Meines Hochseligen Herrn Großvaters vom Jahre 1881 ausgesprochenen Gedanken durch den weiteren Ausbau der Unfallversicherungs-Gesetzgebung und namentlich durch die Vereinbarung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes begrüßt. Den der Fürsorge vorzugsweise bedürftigen Gliedern des Volks ist dadurch für die Sicherung ihrer Zukunft eine Gewähr geboten, welche für den inneren Frieden des Vaterlandes von guten Folgen begleitet sein wird. Bleibt auch auf diesem Gebiete noch Vieles zu thun übrig, so bin Ich doch überzeugt, daß der Antheil, welchen der Reichstag an dem bereits Erreichten hat, im Volke nicht vergessen werden wird.

Auf den gewonnenen Grundlagen wird sich weiter bauen lassen, um den arbeitenden Klassen die Gewißheit zu verschaffen, daß die gesetzgebenden Gewalten für ihre berechtigten Interessen und Wünsche ein warmes Herz haben, und daß eine befriedigende Gestaltung ihrer Lage nur auf dem Wege friedlicher und gesetzmäßiger Ordnung zu erreichen ist. Es ist Mein dringender Wunsch und Meine Hoffnung, daß es dem folgenden Reichstage gelingen möge, im Verein mit den verbündeten Regierungen für die auf diesem Felde notwendigen Verbesserungen wirksame gesetzliche Formen zu schaffen. Ich betrachte es als Meine ernste und ergebene Aufgabe, auf die Erfüllung dieser Hoffnung hinzuwirken.

Durch die Bestimmung der Wittwen- und Waisengeldbeiträge ist unter Ihrer Mitwirkung den Beamten eine nicht zu unterschätzende Wohlthat erwiesen. Ich Reicht dieselbe auch nicht hin, um allen berechtigten Wünschen der minder günstig gestellten Beamtenklassen zu genügen, so haben Sie doch durch Ihr B. tum den verbündeten Regierungen die mit Dank zu begründete Gewißheit verschafft, daß deren auf eine hinreichende Verbesserung der unteren und mittleren Stellen gerichteten Bestrebungen auf die Zustimmung des Reichstags und damit auf baldige Verwirklichung rechnen dürfen.

Für Ihre, nunmehr abgeschlossene treue und mühevolle Arbeit danke Ich Ihnen in Meinem und im Namen Meiner Hohem Verbündeten. Ich entlasse Sie mit dem Wunsche, daß das fortschreitende friedliche Gedeihen des Vaterlandes und die daraus erwachsende Zufriedenheit der Bevölkerung uns als willkommenen Lohn Ihrer Thätigkeit beschieden sein möge!

Soziale Uebersicht.

Aufruf an sämtliche Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend, welche den Beschlüssen der letzten öffentlichen Versammlung der Tabakarbeiter noch nicht nachgekommen sind, eruchen wir in ihrem eigenen Interesse, ihrer Pflicht nachzukommen und sich in den Besitz von Zahlkarten zu setzen; dieselben sind jeden Abend von 8—11 Uhr, Sonntag Vormittags von 9—12 Uhr, Weinstr. 22, in Empfang zunehmen, sowie in den bekannten Kassenlokalen. Die Ueberwachungskommission der Tabakarbeiter Berlin.

Brandenburg a. d. H. Die Arbeiter und Arbeiterinnen (700) der Reichstein'schen Fabrik legten heute Nachmittag die Arbeit nieder.

Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)
Hamburg, 25. Januar. In der gestern in Altona stattgehabten Verammlung der streikenden Feuerleute wurde der Antrag der Redner, den gewünschten Lohn von 75 und 85 M.

erwerben zu zahlen, wenn die Feuerleute sich verpflichten, im Jahre 1890 keine nochmalige Lohnerhöhung zu beanspruchen, einstimmig angenommen. Damit ist der Streik beendet. Von 700 anwesenden Arbeitern traten 600 dem neugegründeten Verein der Feuerleute bei.

Briefkasten.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Dienstleistungen des Briefkastens nicht zu unterbrechen. Antworten werden nicht ertheilt.

Verichtigung. In einer der letzten Nummern befindet sich eine Verichtigung, welche von Herrn J. Wallber in Burgk, wie folgt, berichtigt wird: Die betr. Notiz lautet: „Zwei Personen, welchen die Druckkosten-Verbreitung auf Grund des Sozialgesetzes unterliegt, dürfen auch während der Wahlzeit Flugblätter oder Stimmzettel nicht verbreiten.“ Dies ist nicht der Fall. Laut seinerzeitigen Reichstagsbeschlusses gehören Stimmzettel nicht zu den Druck-

schriften. Unterzeichneter, welchen die Druckkosten-Verbreitung unterliegt, hat schon mehrfach Stimmzettel verbreitet, ohne behördlicherseits daran gehindert worden zu sein.

R. Wallber.
J. A. Schwerinstr. 12. Sie sind wahlberechtigt; vergessen Sie aber nicht die Wählerliste einzusehen und reklamieren Sie für den Fall, daß Sie nicht eingetragen sind, sofort.
H. E. Weissenf. 1. Sie wählen in Weissenf. 2. Der Stempel kostet 8 M.
J. Br. Bronach. Solche Wahlzettel sind gültig. Nur darf die Unterschrift nicht durch das Papier dringen.
H. H. 1. Ja. 2. Ja.
H. H. 1. Ja. — 2. Ihr Bekannter ist wahlberechtigt.
M. G. 150. 1. Der Kandidat des Nieder. Varnimer Kreises in der Stadt hagen. — 2. Die Frage wird später beantwortet.
H. V. Blumenstr. Natürlich haben Sie Ihr Wahlrecht nicht verloren, wenn Sie auch eine Geldstrafe von 10 M. bezahlt haben.

G. D. Schöneberg. Ein Leser fragt an, wo die Listen in Schöneberg ausliegen. Die Liste kann bei unserer Leserkasse ertheilt werden.
Fammatsch i. S. Wir können Ihren Wunsch erfüllen.
Sunlan. Wir können doch nicht über Gelder die wir gar nicht erhalten haben.
Howaves. Wenden Sie sich direkt an Dr. mit Ihrer Frage.
G. W. 36. Beide sind wahlberechtigt. Lesen Sie Artikel an der Spitze der heutigen Beilage.
Auf zur Wahl. 1) Sie dürfen das nicht verweigern; 2) Sie sind wahlberechtigt. 3) I. Gottfried Schulz; II. A. W. 100; III. C. Wildberger; IV. P. Singer; V. A. VI. B. Diebstahl. 4) Sie gehören zum 4. Wahlkreis.
Die Lotterielisten, Versammlungsberichte und anzeigen mußten wegen Raum mangels unterlassen werden.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.

Dienstag, den 28. Januar, Abends 8½ Uhr, im Saale des Deutschen Volkstheaters, Schönhauser Allee: **Große Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Gehrich: Soll das Volk wählen, oder der „vornehme Decker“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelassen. Alle Wähler als Gäste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Zu zahlreichem Besuch Der Vorstand.

NB. Mittwoch, den 29. Januar, Abends 8½ Uhr, Versammlung bei Plack, Wilsnackerstraße 63. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß in diesen beiden Versammlungen die Ausgabe von Heft X der Berliner Arbeiterbibliothek stattfindet und daß die unentgeltliche Verbreitung laut Beschluß vom 21. d. M. S. nur an Mitglieder und nur gegen Vorzeigung des Quittungsbuches erfolgt. Wir ersuchen also die Mitglieder, in diesen beiden Versammlungen zu erscheinen. Gleichzeitig ersuchen wir diejenigen Herren, welche eine Sammelstelle geleiteter Arbeiterblätter übernehmen wollen, ihre Adresse dem Vorstand zu übermitteln. D. D. [940]

Große Schneider-Versammlung der Freien Vereinigung der Schneider Berlins

Dienstag, 28. Januar, Abends 8½ Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstrasse 28.

Tages-Ordnung: 1. Der Kampf um's Dasein in der Volkswirtschaft. Referent: Dr. Bruno Wille. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragelassen. Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste sind willkommen. 961
Gesellige Abendunterhaltung für die Mitglieder und deren Familien heute, Sonntag, den 26. Januar, Abends 7 Uhr, in Reyer's Salon, Alte Jakobstr. 83. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Fachverein der Tischler.

Montag, den 27. Januar, Abends 8½ Uhr, in Scheffer's Salon, Neue Grünstrasse 28:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Beschluß der Arbeitsvermittlungs- und Werkstattkontroll-Kommission. 3. Unterstützungsanträge, Verschiedenes und Fragelassen. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand. [948]

Achtung! Klempner, Metallarbeiter!

Agenten suchen Klempner nach **Thale a. S.** Niemand folge den Verlockungen! Der Lohn ist sehr niedrig. Wir appellieren an Eure Solidarität; macht nicht nach **Thale**, der Sieg muß unseren Kollegen werden. Streikbrecher sollen nicht vergessen, sich vorher bei uns zu melden, **Ritterstraße 123 bei Stramm**, Abends 8 Uhr. 967
Der Vorstand des Vereins der Klempner.

Gründungsfeier

der Freien Vereinigung der Kaufleute

am 7. Februar cr., Abends 8½ Uhr, in Feuerstein's großem Saal, Alte Jakobstraße Nr. 75. Prolog von **Albert Auerbach**, gesprochen von Frau Emma Ihrer. Festrede des Herrn **J. Türk**.

Tanzkränzchen.

Freunde herzlich willkommen! Billets à 50 Pf. zu haben bei **Alb. Auerbach**, Gottthaler Damm 7; **Alb. Laasch**, Solmsstr. 16; **J. Simon**, Joh. A. Wöler, Weichenstraße 33; **H. Schäffer**, Brunnenstraße Nr. 115 a; **H. Penn**, Kleine Kugelfür. 6 III; **Herrn Siffer**, Neue Schönhauserstr. 16; **Herrn Rosenthal**, Mödenerstr. 67; **Kunze**, Buchhändler, Ruppinerstraße 2. [918]
Das Komitee.

Fachv. sämtl. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäff. Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung am Montag, den 27. d. M., Abends 8½ Uhr, in **Lehmann's Salon**, Schwedterstraße 24.

Tagesordnung: 1. Die Ursachen der Arbeiterbewegung. Ref.: **Heinz Berndt**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelassen. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

NB. Unser Maskenball findet am 1. Februar d. J. im großen Saale der Postbrauerei, Tempelhofer Berg, statt. Billets à 50 Pf. sind bei allen Vorstandsmitgliedern sowie im Arbeits-Rathweis Weinbrennen-Ufer 4 bei Jahn zu haben. 937
Der Vorstand.

Meerschaum-, Bernstein-, Elfenbein-Waaren (Kausklub-Betten). Sämtl. Repar. **B. Günzel**, am Rosenthaler Thor.

Zentralranken- und Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter

(F. S. zu Hamburg).

Filiale Berlin D. Mitglieder-Versammlung

am Montag, den 27. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Härmerschmidt**, Perlebergerstr. 28.
Tagesordnung: 1. Rassenbericht vom 4. Quartal 1889. 2. Verschiedenes. 929
Die Ortsverwaltung.

Fachverein der Lithographiestein schleifer und Berufsgenossen.

General-Versammlung

am Dienstag, den 28. d. M., Abends 9 Uhr, bei **Zemler**, Münzstraße 11.
Tagesordnung: 1. Rewahl des gesammten Vorstandes. 2. Innere Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Alle Kollegen, welche sich als Mitglieder aufnehmen lassen, haben Zutritt. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. 933
Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Filiale Berlin.

Versammlung

Donnerstag, den 30. d. M., Abends 8½ Uhr, bei **Deigmüller**, Alte Jakobstraße 48a.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1889. 2. Das Verhältnis unserer Filiale zu den übrigen. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Quittungsbuch legitimiert. Die Lokalverwaltung. [946]

Fachverein der Former und Berufsgenossen Berlins. Versammlung

am Montag, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, in **Deigmüller's Lokal**, Alte Jakobstr. 48a.

Tagesordnung: 1. Rassenbericht. 2. Wahl einer Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Wahl einer Rechtschutz-Kommission. 4. Verschiedenes und Fragelassen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 930

Achtung! Tabakarbeiter!

Ueber folgende Fabriken ist die Sperre verhängt:

Schmeiser (wegen Maßregelung)
1. Geschäft Chausseest. 25.
2. „ „ Chausseest. 76.
3. „ „ Friedrichstr. 100.
Hauke, vom Schubert u. Sohn (wegen Maßregelung)
1. Geschäft Richardstr. 6.
2. „ „ Alte Jakobstr. 72/73.
3. „ „ Charlottenburg.
Reißing, Elbasserstr. 8, Laden.
Hübner, Ymenstr. 8, Laden.
935 Die Lohn-Überwachungskommission.

Fachverein der Lederarbeiter. Versammlung

am Montag, den 27. Januar, Abends 8½ Uhr, Dranienstraße 180.

L. D.: 1. Jork und Ziele der Arbeiter-Fachvereine. Referent Herr **Rob. Schmidt**. 2. Vereinsangelegenheiten (Vorsprechung über Lohnstatistik). 3. Verschiedenes und Fragelassen. Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. 949
Der Vorstand.

Fachverein der Posamentier-Arbeiterinnen. Versammlung

am Dienstag, den 28. Januar, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn **Reyer**, Alte Jakobstr. 83.

Tagesordnung: 1. Wahl der Revisoren. 2. Bericht d. Vereins. 960

Zentralranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w.

(F. S. zu Hamburg).

Vertikale Verwaltung Rixdorf. Mitglieder-Versammlung

am Montag, den 27. Januar, Abends 8½ Uhr, in der Vereinsbrauerei, Jägerstr. 15.
Tagesordnung: 1. Rassenbericht vom 4. Quartal 1889. 2. Verschiedenes. 3. Die neugegründete Zuschuldkasse. 963

Gauverein Berliner Bildhauer.

Dienstag, den 28. d. M., Abends 8½ Uhr, bei **Feuerstein**, Alte Jakobstr. 75:

Vortrag des Herrn Bölsche über: „Die Entwicklung der Erde.“

943 Der Vorstand.

„Wilde Blumen.“

Ein hübscher Biedertrank, dem Volke gewidmet von **Adolph Lepp**.

Selbstverlag des Verfassers. Preis 2 M. Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstraße 44.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6.

am höchsten Preise bekanntlich [1853]
Größte Auswahl.
Garantirt sicher brennende Tabake. Streng reelle Bedienung billige Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Roh-Tabak sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am D. Brömmen Markt.

Porzellan-, Glas- u. Steingutwaaren, Tisch- und Kängelampen

empfiehlt billigst

C. Rahmlow, Lohringerstraße 56, am Rothenaler Thor.

Junger Mann sucht Schlafstelle, allein vorzuziehen, mit Pension und Leihen. Adresse: **H. R., D. Hiltation Dams, Raum-Nr. 16**

Fachverein der Metallschrauber, Facondreher und Berufsgenossen Berlins.

Am 24. d. M. S. vernord unter **Paul Guade**

von der Firma **Siemens & Halske**. Die Beerdigung findet am Montag, den 27. d. M., mittags 3 Uhr von der Leichenhalle Neuen Boulevarde Kirchhofe aus statt. 905
Der Vorstand.

Allen meinen Freunden und Bekannten Nachricht, daß ich mich recht wohl und gesund befinde.

Alb. Salenger,

Bierfahrer, vormals Böttcher.

A.: Wo verbringst Du Deine Freizeit?
B.: Du siehst wohl aus!

B.: Da frägst Du noch?
Nur bei **Berndt, Rowald**

Nachf., Dranien- und Alexandrienstr.

strahlen-Gate. Da hast Du Alles, was brauen und haben müßten. Gutes Trinken, sämtliche Partei- u. andere. Raik in allen Dingen; komm, wir gehen mal hin zu

Berndt, Rowald Nachf.,

Dranien- u. Alexandrienstr.

Vorzügl. Mittagstisch mit Bier, Frühstück- und Abendstisch von 20 bis 12 Uhr. In der Kasse: „Volkstisch“, „Tribüne“, „Volkst.-Stg.“ u. s. w. empfunden.

W. Berndt, Rowald Nachf.,

Dranien- u. Alexandrienstr.

Allen Freunden und Genossen zur Weihnachts- und Neujahrzeit ein herzliches Willkommen. Der Verein der Arbeiter hier in Rixdorf ist geschlossen. Ich hoffe daher, daß Jeder, der spät bei **W. Spaet**, Weinstr. 28, kommt, zu demselben willkommen ist.

Kräftigen Mittag- und Abendstisch bei **Kramer**, Wilhelmstr. 92/93.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten **Weiß- u. Baitrischbier-Lokal** nebst Speisen und Getränken.

Fritz Ringel,

Borsigstrasse No. 95/96

Allen Freunden und Bekannten empfehle meine **Weiß- und Baitrisch-Bier-Lokal** sowie Zimmer für Arbeitsnachweis u. s. w.

C. J. Peterson,

Beteranenstraße 23.

Allen Genossen empfehle meine **Fabrik und Ungarwein-Handlung** wärmste. **Julius Janz**, Jannowitzbrücke 1, neben der Dampfer-Station.

Modellgarderobe für Herren u. Damen

von 1 M. an im Posamentier-Geschäft: **Reichenbergerstrasse 14** und **Bücherstrasse 10.**

Kanarienvögel.

Hühne eigener Zucht (schierfrei), mehrfach im Jahr, sowie 10 Weibchen selbigen Spezies verkauft billigst **Emil Bippel**, Bismarckstr. 10.

Ein alter Männergesangsverein (Liedertafel) lobt langzeitliche Herren zum Beitritt. L. Tendere erwünscht. Übungsst. jeden Abend Dranienstr. 190.

F. Nietsch, Lang-Druckerei.

Ein neuer Lehrkursus f. Damen u. Herren beginnt Sonntag, 2. Febr., Nachm. 4 Uhr, in der **Adalbertstr. 93** und bei **Bez. d. Unterrichts**.

Zwei anständige Herren können Lokal erheben bei **Leder**, Prudischstraße 68. v. 3 Tr.

Eine freundliche Schlafstelle zu vermieten **Wrangeistr. 30, III, links, bei Str.**

Schlafstelle für 1 oder 2 Herren sofort zum 1. Febr. **Kommandantenstr. 41, v.**

Ein sehr. Schlafst. zu verm. f. Frau u. Kind **Oranienstr. 3, G. rechts, 3 Tr.**

E. fr. Schlafst. z. v. Rügenerstr. 1, v. L.

Arbeitsmarkt.

Als tüchtiger Weißbierabnehmer empf. sich **P. Welzel**, Al. Andreastr. 20.

Zimmerer!

Mitglieder der Freien Hilfskasse, welche Arbeit finden, wollen sich einige melden im **Arbeitsmarkt**, Blumenstr. 19.

Mitbürger! Arbeiter! Handwerker!

Wir fordern euch nochmals auf, die Wählerlisten genau einzusehen. Leicht können Fehler in ihnen enthalten sein. Wer am 20. Februar seine Stimme nicht abgibt, der schadet der Allgemeinheit und sich selbst. Da aber nur diejenigen ihr Wahlrecht ausüben können, welche in die Wählerlisten eingetragen sind, so muß Jeder sich überzeugen, ob auch sein Name in der Liste steht, ob Vor- und Zuname, sowie der Geburtstag und Geburtsort genau stimmen. Wenn es unmöglich ist, selber hinzugehen, der beauftrage einen der Genossen, die sich zur Durchsicht der Listen bereit erklärt haben, für ihn die Liste nachzuschlagen. Die Listen liegen nur bis Donnerstag, den 30. d. M., Wochentags von 9—3 Uhr, am Sonntag von 11—4 Uhr, aus und zwar:

- für den I. Wahlkreis in der Turnhalle des Friedrich-Werder'schen Gymnasiums, Dorotheenstraße 13/14,
 - für den II. Wahlkreis in der Turnhalle Wilhelmstraße 117,
 - für den III. Wahlkreis in der Turnhalle Schmidstraße 38,
 - für den IV. Wahlkreis in der Turnhalle Krautsstraße 43,
 - für den V. Wahlkreis in der Turnhalle Gormannstraße 4,
 - für den VI. Wahlkreis in der Turnhalle Alterstraße 28a,
- und außerdem im städtischen Wahlbureau, Königstraße 7, Hof 3 Treppen.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß ein Jeder, der die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, dies innerhalb acht Tagen nach dem Beginn der Auslegung derselben, also spätestens am 30. Januar d. J., beim Wahlbureau des Magistrats (Königstraße 7, Hof 3 Treppen) schriftlich anzeigen, oder in den vorbezeichneten sieben Lokalen vor den dazu ernannten Kommissarien zu Protokoll geben kann, die Beweismittel für seine Behauptungen aber, soweit dieselben nicht auf persönlicher Bekanntschaft beruhen, beibringen muß. Zur Begründung der beantragten Nachtragung in die Wählerliste sind besonders empfehlenswerth der Miethskontrakt, die letzte Miethsteuer-Quittung oder die polizeilich bescheinigte Anmeldung für die angegebene Wohnung. Es ist nicht nötig, persönlich die Liste einzusehen. Es kann einer für mehrere die Prüfung vornehmen. Wer aber irgendwie kann, gehe selber hin. Namentlich haben diejenigen, welche seit dem Jahre 1887 ihren Wohnsitz verändert haben, sich zu überzeugen, ob sie an ihrem neuen Wohnsitz in die Listen eingetragen sind.

Arbeiter! Bringt euch nicht durch Nachlässigkeit um euer werthvollstes öffentliches Recht!

Kolonialpolitiches.

Als aus Ostafrika gemeldet wurde, daß drei deutsche Offiziere, Herr von Graevenreuth, der Stellvertreter Bismann's, in die Hände der Aufständischen gefallen seien, wurden an diese Nachricht die bedenklichsten Besorgungen geknüpft. Man erwartete, die Aufständischen, deren Grausamkeit bekannt ist, würden an den Gefangenen eine exemplarische Rache nehmen, da ja die Hinrichtung Buschiri's noch in ganzlicher Erinnerung ist. Obgleich wir man sich erinnern, daß in einem der Weichbücher über Ostafrika ein Brief des Herrn von Graevenreuth enthalten war, in dem es hieß, daß ein gefangener Aufständischer aufgehängt worden sei, was einen sehr guten Eindruck gemacht habe. Da die Aufständischen europäische Verbindungen haben, durch welche sie Waffen und Munition beziehen, so ist es leicht möglich, daß man sie auf diesen Brief aufmerksam gemacht hat, und sie hätten sicherlich an dem gefangenen Verfasser derselben alle Kräfte ihrer Menschenquälerei erschöpft. Zum Mindesten hätten sich die Gefangenen einer langen und schmerzvollen Verhandlung ausgeliefert gesehen, wenn die Aufständischen klug genug gewesen wären, sie nicht zu tödten, sondern als Geiseln zu verwenden.

Inzwischen ist die Nachricht gekommen, daß die betreffenden Offiziere nicht gefangen seien, sowie daß Herr von Graevenreuth sich in Bagamoyo befindet.

Unleugbar enthält dieser Vorfall eine ernste Mahnung, die man nicht unbeachtet lassen sollte. Sie ergibt sich nicht von selbst aus den Folgerungen, die von den Vätern an die Nachkommen von der angeblichen Gefangennahme der drei Offiziere geknüpft worden sind.

In jenem Kolonialgebiet stehen noch lange und schwierige Kämpfe bevor und wer weiß, ob es in absehbarer Zeit gelingen wird, jene Wüsterstätten völlig zu beruhigen, die sich gegenwärtig im Aufstande befinden! Bei diesen Kämpfen wird es sehr unvorteilhaft sein, daß dieser oder jener Deutsche in die Hände der Aufständischen fällt. Solche Unglücksfälle werden dem zu dürfen haben für die „Schneidigkeit“, mit der Bismann gegen die Aufständischen vorgegangen ist.

Wir haben die ganze Kolonialpolitik von vornherein für ein besonders nützlichem Unternehmen gehalten. Nun sie einmal in Szene gesetzt worden ist, sollte man es auch nicht an Vorsicht und Rücksichtnahme auf die eigenartigen Verhältnisse jener Völker fehlen lassen, deren Länder man okkupiert hat.

Wenn Herr Bismann mit Feuer und Schwert so weiter gegen die Eingeborenen verfährt, so wird das keine guten Folgen haben, und wir befürchten sehr, daß der „gute Eindruck“, den Herr von Graevenreuth gemeldet hat, ein übliches Vorzeichen für die drohenden Vergeltungsmaßregeln der Fremden sein, die kaum ausbleiben werden. Mit tiefem Bedauern muß man dem blutigen Kampfe zusehen, der unzweifelhaft noch viele Opfer fordern wird.

Wir lassen uns nicht von der Ueberzeugung abbringen, daß es auch möglich gewesen wäre, mit den Eingeborenen auf friedlichem Wege fertig zu werden. Wenn man sie ohne Widerstand immer als Räuber und Mörder bezeichnet, so nehmen wir das nicht allzu ernst. Obgleich die Vertheidiger ja die Leute ihr Vaterland gegen eine nach ihren Begriffen fremde Macht, eine Sache, die man in anderen Fällen zu preisen pflegt. Als 1809 sich der Major Schill mit seinem Regiment gegen Napoleon erhob, wurde er von Napoleon als „Räuberhauptmann“ gebrandmarkt. Aber hat es eine Seele in Deutschland gegeben, welche ernstlich gelaubt hätte, daß Schill in der That ein Räuberhauptmann sei? Oder hat es eine Seele gegeben, welche die Hinrichtung der Schill'schen Offiziere in Zweifel gebürgt hätte?

Man hat es in Sansibar nicht ohne weiteres mit Wilden zu thun; die Stämme an der Ostküste von Afrika haben zum größten Theil eine alte Kultur. Man hat den Somali's und den ihnen verwandten Stämmen zwar nicht die besten Eigenschaften nachgesagt; immerhin aber haben sie sich im Anfang so entgegenkommend gezeigt, als man nur erwarten konnte. Bekanntlich ist die ganze afrikanische Bewegung in Ostafrika daraus entstanden, daß die Eingeborenen sich gegen die Behandlung aufhoben, die sie von den Beamten der ostafrikanischen Gesellschaft erfuhren. Leider ist unseres Wissens diese Sache nie genau untersucht worden und man weiß nur, daß die Erbitterung der Eingeborenen gegen die Beamten der Gesellschaft eine ganz außerordentliche war; außerdem hat das Verhalten der Gesellschaft durchaus nicht die Billigung der deutschen Regierung gefunden. Es wurde damals in den höchsten Kreisen die Ansicht geäußert, die der Sultan von Senegal an die Gesellschaft abgetreten habe, seien zu einem großen Theil gar nicht Eigentum dieses Herrschers gewesen und ihre Besitznahme durch die Gesellschaft habe natüergemäß Erbitterung erregen müssen. Außer-

dem war das Verfahren einiger Beamten, wie sie es selbst in ihren in Europa eingetroffenen Briefen geschildert haben, nichts weniger als geeignet, den Eingeborenen eine große Sehnsucht nach den europäischen Kulturgenüssen beizubringen.

Nimmt man alle diese Gründe zusammen, so kommt man zu dem Schlusse, daß man mit einer sanfteren Behandlung jener Völker mehr erreicht hätte, selbst wenn man die „Bajonettierung mit Feuer und Schwert“, wie Bismann sie erstrebt, billigen könnte, was wir nicht thun. Vor nicht allzu langer Zeit rühmte man die Sanftmuth und Unterwürfigkeit der Eingeborenen; es kann doch nicht von ungefähr kommen, daß sie plötzlich zu erbitterten und grausamen Feinden geworden sind. Hätte man Buschiri's Dienste angenommen, statt ihn aufzuhängen, so wäre das zwar weniger „schneidig“, aber gewiß weit klüger gewesen.

Die Kolonialbegeisterung ist im Schwinden in Deutschland und um so verdrießlicher werden die Dinge in Ostafrika angesehen.

Wir waren von Anfang an Gegner der Kolonialpolitik, wir sind es heute noch und können daher die historische und moralische Verantwortlichkeit für das, was dort passiert, auch ruhig denjenigen überlassen, welche die sogenannte „Kolonialbewegung“ in Fluß gebracht haben.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 23. Januar.

(Nacht.)

Die Ungültigkeitserklärung der Wahl des Stadts. Grundes wird vom Ausschuss beantragt. Der Berichterstatter des Ausschusses ergänzt den schriftlichen Bericht desselben noch in einigen Punkten. Er theilt aus den Akten die Aussage eines Wahllokalbesizers mit, wonach ein Arbeiter sich in seinem Rücken aufgestellt und dreiviertelstundlang jedesmal, wenn die Wähler für den deutsch-freiwilhrigen Kandidaten Bismann seine Stimme abgegeben, ihm in den Rücken genickt habe. Ferner wird in dem von demselben freiwilhrigen Seite eingelegten Protest noch folgendes angeführt: Es sei den Wahllokalbesitzern trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen, nur einigemmaßen für Ordnung zu sorgen, wenn in jedem Wahllokal sich hunderte von Personen befinden, die für die Wahl des Herrn Grundes agitirten und dabei Lärm erhoben. Der Lärm der Wahllokalbesitzer sei von beiden Seiten mit Menschenmassen umringt gewesen, so daß sich dieselben kaum hätten bewegen können. Hierzu komme, daß die Beleuchtung in der Turnhalle ganz unzureichend gewesen sei, da dieselbe nur von zwei kleinen Petroleumlampen geleistet wurde. Die Lampen seien bei dem kolossalen Gedränge stets in der Gefahr gewesen, umgestoßen zu werden, weshalb sie ständig von einem der Vorstandsmitglieder gehalten werden mußten. Es habe sich ferner herausgestellt, daß bei 5800 eingeschriebenen Wählern die beiden Wahllokale nicht ausreichten. Durch die geschilbrten Umstände seien nicht nur mindestens 180 ganz unkontrollirbare Wählerstimmen für Herrn Grundes abgegeben, sondern es seien auch viele Wähler, welche für Bismann stimmen wollten, davon abgehalten worden, dies zu thun.

Stadts. Singer: Ich habe zunächst die Erklärung abgegeben, daß wir für die Ungültigkeitserklärung dieser Wahl stimmen werden. Vor allem muß die Legalität einer Wahl feststehen, und der Boden, auf dem ein gewählter Stadtverordneter steht, unanfechtbar sein. Das werden wir unbedenklich von Parteirücksichten her hochhalten. Im übrigen verdient der Bericht des Ausschusses doch noch eine nähere Beleuchtung. Er berührt die sozialdemokratische Partei in einer Weise, die den Verhältnissen nicht entspricht. Gewiß ist nur die Unzufriedenheit des Materials daran schuld, wenn der Berichterstatter Zeugenaussagen, die ein ganz anderes Bild von der Sache geben, unerwähnt gelassen hat. In den Akten befinden sich Aussagen von Zeugen, welche keineswegs das bekunden haben, was sie über die angeblichen sozialdemokratischen Umtriebe in dem Wahllokal bekunden sollten. Zunächst findet sich da ein Brief eines Aktors Tisch an Herrn Bismann. Die Adresse lautet sehr genau: „Mein lieber Herr Stadtverordneter!“ Dann heißt es weiter: „Soeben theilt mir der Schuldiener Kalmich mit, daß die Herren Hoffe und Günther trotz langen Wartens nicht dazu gekommen sind, für Sie Ihre Stimme abzugeben und daß sie den größten Insulten seitens der Sozialdemokraten ausgesetzt gewesen sind.“ Der Magistrat lud nun die Herren Hoffe und Günther vor, um die sozialdemokratischen Greuel festzustellen. Was sagte aber Herr Hoffe zeugeneidlich? Ich habe meine Wahlpflicht ausgeübt, ohne irgendwem behilft worden zu sein. Ich habe auch sonst keine Insulten bemerkt. Und Herr Günther sagt aus,

daß auch er nicht im geringsten insultirt worden sei. Er sei nur, weil er das große Gedränge sah, nach Hause gegangen, ohne Herrn Bismann gewählt zu haben. — Die Aufstellung, die im Ausschussprotokoll zu Tage tritt, hat also in diesen Zeugenaussagen selbst ihre Entgegnung gefunden. Im Proteste sind Behauptungen aufgestellt, die, wenn sie wahr wären, die stärkste Rüge gerade von uns verdienen. Es scheint mir aber doch so, als wenn die Schuld weniger an den Wählern, als an den durchaus unzulänglichen Einrichtungen des Wahllokals gelegen habe. Diese Einrichtungen waren noch ganz auf die alten Zeiten berechnet, wo aus den liberalen Bezirksvereinen 40-50 zusammengetrommelten Stimmen den Kandidaten nominirten. Seit sich die Arbeiterschaft aber an den Wahlen betheiligt, ist das anders geworden und die häßlichen Behörden hätten recht daran, dementsprechend die Bezirke zu verkleinern, die Wahllokale zu vermehren und die Wahlzeit bis 7 oder 8 Uhr Abends von 9 Uhr Morgens an zu verlängern. Der Wahllokalbesitzer ist doch der Wähler wegen da und nicht umgekehrt. Außerdem sollte der Magistrat doch einmal versuchen, nachzuahmen, was in einem — allerdings „wildem“ — Lande schon lange Gebrauch ist, nämlich: die Wahl auf den Sonntag zu verlegen. — Der Wahllokalbesitzer scheint auch nicht ganz seinem Amt gewachsen gewesen zu sein. Sind die behaupteten Unordnungen wirklich vorgekommen, so hätte er von Amtswegen dem Magistrat Mittheilung machen müssen und Herrn Grundes nicht als gewählt proklamiren sollen. Unbegreiflich ist mir ferner die Sanftmuth und Langmuth des Wahllokalbesizers in den Rücken laßt. (Heiterkeit.) Es ist in der That kein Grund vorhanden, Wahlbeeinflussungen seitens der Sozialdemokratie zu befürchten. In unserer Partei ist der lebhafteste Sinn für völlige Unparteilichkeit bei den Wahlen vorhanden. Wir brauchen die Mandate nicht zu erschleichen und die Wähler nicht zu beeinträchtigen. Möge der Magistrat erwägen, ob er nicht schon bei der notwendig gewordenen Neuwahl in diesem Bezirk die Wahlzeit entweder bis 8 Uhr Abends verlängert oder die Wahl auf einen Sonntag verlegt.

Stadts. Reumann: Der Ausschuss habe bei Prüfung der Sache von jeder Parteirücksicht abgesehen und der ganze Antrag enthält kein Wort von irgend welcher Partei. Die Einweisung auf Verlängerung der Wahlzeiten und Wahlen am Sonntag halte er für nicht unbedenklich und empfehle namentlich die Resolution.

Stadts. Schreiner: Der Magistrat habe gegen die vorgelegte Resolution (siehe den gestrigen Bericht) kein Bedenken, doch sei zu bemerken, daß mit Ausnahme dieses Bezirks nirgends Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind.

Stadts. Baillen: Dem Stadts. Singer sei es nicht gelungen, die Bedeutung der Zeugenaussagen abzuschwächen. Schon wegen des lärmenden Gesamtkarakters, welchen dieser Wahllokal gehabt, werde man die Ungültigkeit der Wahl aussprechen müssen. Auch in anderen Bezirken zeige es sich, daß ein gewisser lärmender Charakter von der Wahl von Parteianhängern des Stadts. Singer unzureichend zu sein scheint. Er bitte den Herrn Singer, seinen großen Einfluß unter seinen Parteigenossen dahin auszuüben, daß solche lärmende Szenen vermieden werden.

Stadts. Singer: Der Vorredner habe am allerwenigsten das Recht, sich zum Hüter der Ordnung und Ruhe in Versammlungen aufzuspielen. Was der Berliner „Kadaver“ nennt, ist erst durch die Partei, welcher der Vorredner angehört — die Bürgerpartei — in das Berliner Versammlungsleben eingeführt worden. (Lebhafte Zustimmung.)

Stadts. Baillen: Hier handle es sich um Wahlakte und bei solchen seien über die Bürgerpartei noch niemals solche Klagen erhoben, wie über die Sozialdemokraten.

Die Debatte wird hiermit geschlossen und Antrag und Resolution des Ausschusses angenommen.

Versammlungen.

Der Jahrverein der Weber hörte zunächst einen Vortrag des Herrn Böhm und beschloß sodann, eine Statistik über Arbeitszeit, Arbeitslöhne und Arbeitsleistung aufzunehmen. Gedruckte Formulare sollen an die Kollegen verschickt werden. Ein Antrag, in nächster Zeit ein Flugblatt zur Agitation zur Vertheilung zu bringen, wurde angenommen. 36 Kollegen ließen sich als Mitglieder aufnehmen. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Welle zur Ucania am 22. Februar in Empfang genommen werden, und Sonntag, den 2. März, früh Punkt 8 Uhr, der Besuch stattfindet.

Die Vereinigung der Drechsler, Ortsverwaltung Berlin III., hielt am 12. d. Mts. ihre Mitgliederversammlung

